

Leitantrag zum Programm  
der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2014

---

## **Inhalt**

### **Einleitung**

#### **1. Soziales Europa**

##### **1.1 Gerecht und solidarisch aus der Krise**

1.1.1 Krisenpolitik zerstört Demokratie und Sozialstaat in Europa

1.1.2 Mit LINKS aus der Krise

1.1.3 Banken entmachten - Finanzmärkte regulieren

1.1.4 Umsteuern: Profiteure der Krise zur Kasse.

Gerechte Steuern in Europa

Für einen gerechten und solidarischen EU-Haushalt

1.1.5 Solidarisch Miteinander statt ruinöser Wettbewerb

##### **1.2 Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in ganz Europa!**

1.2.1 Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs. Arbeitszeit verkürzen.

1.2.2 Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung: soziale Rechte

##### **1.3 Wirtschaft sozial und ökologisch umgestalten**

1.3.1 Ein Programm für die Zukunft

Für eine solidarische Regional- und Strukturpolitik

Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

1.3.2 Ändern, was wir wie produzieren: Konversion und sozial-ökologischer Umbau

Eine sozial gestaltete Energiewende

Eine wirksame Klimaschutzpolitik

Eine Verkehrspolitik, die Mobilität fördert und Verkehr vermeidet

Eine verantwortungsvolle Land- und Forstwirtschaftspolitik

Eine schonende Fischereipolitik und einen nachhaltigen Schutz der Meere

Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Für einen wirksamen Tierschutz

#### **2. Demokratisches Europa**

2.1 Soziale und politische Rechte verteidigen

2.2 Die Lobby von Unternehmen, Banken und Vermögenden zurückdrängen

2.3 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für Jede und Jeden

2.4 Geheimdienste auflösen und Datenschutz garantieren

2.5 Gleiche Rechte für Sinti und Roma

2.6 Dem Rassismus entgegenzutreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus in Europa

2.7 Bildung für ein anderes Europa. Berufsbildung

#### **3. Für ein friedliches Europa – nach Innen und Außen**

3.1 Europa in einer globalisierten Welt

3.2 Jede Waffe findet ihren Krieg – Rüstungsexporte EU-weit verbieten

3.3 Europa darf keine Festung sein!

3.4 Freien Zugang für Alle – EU-Visa-Liberalisierung

3.5 Europa ist größer als die EU: Wir wollen es demokratisch und solidarisch gestalten

3.6 Für faire und solidarische Beziehungen – EU-Nachbarschaft

3.7 Entwicklungs- statt Freihandelspolitik – Keine Armut durch EU-Interessen

#### **4. Europa verändern**

## 1 Einleitung

2 Die Europäische Union war einst eine Hoffnung für die Menschen. Aber was haben die Raubzüge der  
3 Großbanken, der Bürokratismus und die Unersättlichkeit der Rüstungskonzerne daraus gemacht?  
4 Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU zu einer neoliberalen, militaristischen und  
5 weithin undemokratischen Macht, die nach 2008 eine der größten Krisen der letzten 100 Jahre mit  
6 verursachte. Viele verbanden mit der EU: mehr internationale Solidarität. Heraus gekommen sind  
7 mehr faschistische Parteien, rechtspopulistische Hetzer und mehr Menschenjagd in und an den  
8 Grenzen der EU. Immer mehr wurde die EU zu einem ungehemmten Kapitalmarkt. Immer mehr Gräben  
9 wurden aufgerissen, statt Hände zu reichen.

10 Die Wahl zum Europäischen Parlament fällt in eine Zeit, in der Europa vor einem Scheideweg steht: wie  
11 wir leben wollen, wie wir soziale Gerechtigkeit erreichen, Arbeit, Demokratie und alltägliches  
12 Zusammenleben organisieren wollen. Worauf wir Anspruch haben, beim Lohn, bei der Rente, bei der  
13 Gesundheitsversorgung, beim Schutz unserer Daten. Ob es Chancen gibt für eine ganze Generation  
14 von jungen Menschen in Europa oder ob sie in Armut, Erwerbslosigkeit und Migration gezwungen  
15 werden. Ob wir in guter Nachbarschaft leben oder ob unsere Nachbarn mit Wut und Verzweiflung auf  
16 Deutschland schauen. Ob wir einen neuen Anfang für eine wirtschaftliche Entwicklung machen, der  
17 Lebensqualität, Demokratie und Ökologie zusammenbringt oder ob die einen ohne wirtschaftliche  
18 Perspektive bleiben, und das wirtschaftliche Wachstum der anderen die natürlichen Grundlagen  
19 zerstört. DIE LINKE tritt für ein soziales, demokratisches und solidarisches Europa ein, das aus dem  
20 Klammergriff der Finanzmärkte und der Kürzungspolitik befreit wird. Wir wollen, dass in ganz Europa  
21 die Interessen von Beschäftigten und Erwerbslosen, von Rentnerinnen und Rentnern und der  
22 Jugendlichen an erster Stelle stehen.

23 Europa ist zerrissen. In vielen Ländern stehen die Menschen vor den Scherben des gescheiterten  
24 Finanzkapitalismus. Die Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und  
25 Europäischer Kommission hat mit ihrer Politik der Kürzung von Sozialleistungen, Löhnen, Bildung,  
26 Gesundheit und Renten Millionen Menschen ins Elend gestürzt. Eine ganze Generation von jungen  
27 Menschen steht vor dem Nichts, wenn über die Hälfte von ihnen erwerbslos ist, wie etwa in  
28 Griechenland und Spanien.

29 In Deutschland ist alles richtig gemacht worden, behauptet die Bundeskanzlerin. Schließlich sei die  
30 Massenarbeitslosigkeit geringer, die Exporte halten an. Viele hoffen, dass die Krise an Deutschland  
31 vorbei gegangen ist. Der Druck setzt sich in den Exportindustrien nur langsam auf die Arbeitsplätze  
32 durch. Doch wenn unsere Nachbarn verarmen, werden die Exporte einbrechen. Wenn die Löhne und  
33 Sozialleistungen in ganz Europa fallen, werden sie auch in Deutschland sinken. Und Millionen  
34 Menschen können schon heute von ihrer Arbeit nicht leben, es gibt viel mehr Erwerbslose als die  
35 offiziellen Statistiken zugeben und Straßen, Schulen, öffentliche Einrichtungen verkommen oder  
36 werden privatisiert.

37 Mit »Europa« verbinden immer mehr Menschen Kosten, Bevormundung und Bürokratie. Den  
38 Bevölkerungen der so genannten »Krisenstaaten« tritt die Europäische Union – und das oft in Gestalt  
39 der Bundeskanzlerin – als Instanz von Kürzungen beim Sozialstaat, bei den Löhnen, Renten und im  
40 Gesundheitswesen entgegen. Mit »Europa« verbinden sie soziale und wirtschaftliche Verwüstung. In  
41 Deutschland erweckt die Regierung den Eindruck, als würde Europa vor allem durch deutsche Steuern  
42 finanziert. Auch aus den sozialen Verwerfungen entsteht der Nährboden für rechte und rassistische  
43 Politik. Die deutsche Regierung schürt Ängste in der Bevölkerung und vermittelt den Eindruck, es gäbe

44 keine Alternativen. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in Europa nutzen die Sorgen der  
45 Menschen für ihre Politik aus. Sie schüren Ressentiments gegen die europäischen Nachbarländer und  
46 machen mobil gegen sozial Benachteiligte, nicht gegen die Ursachen und Verursacher der Krise. Sie  
47 stehen ebenso auf der Seite der großen Konzerne und der Finanzmärkte wie die Mainstream-Parteien.  
48 In Deutschland hofft die AfD von der Krise zu profitieren. Gegen die neoliberale Ausrichtung der  
49 anderen Parteien, gegen Rechtspopulismus und Ausgrenzung stellen wir unsere linken Alternativen zur  
50 Wahl.

51 Der Bundesregierung ist es gelungen, die Krise der Banken, die Krise des Finanzsektors, die Krise des  
52 finanzgetriebenen Kapitalismus in eine Krise der Staatsverschuldung umzudeuten. Sie nutzt dies, um  
53 die EU grundlegend umzubauen. Als seien die Bevölkerungen an den Krisen ihrer Länder schuld, weil  
54 sie über ihre Verhältnisse gelebt hätten – nicht die Spekulation und Bankenrettung. Und sie nutzt dies,  
55 um Demokratie und Sozialstaat in der EU zu zerstören. Als wären diese Länder nicht gedrängt worden,  
56 mit vielen Milliarden die Banken aus der Krise freizukaufen. Das nützt einer Politik, die  
57 Sozialleistungen und Löhne senkt – dort wie hier. Die Löhne sind gesunken, die Steuern für Reiche  
58 und Unternehmen auch – hier wie dort. Die Banken haben sich verzockt und sind mit Geldern der  
59 Staaten »gerettet« worden. Jetzt sind die Staaten bei Banken verschuldet, die »Rettungsschirme«  
60 retten die Banken und die Menschen zahlen – dort wie hier.

61 DIE LINKE hat als einzige Partei im Bundestag die so genannten Rettungspakete der Bundesregierung  
62 abgelehnt. Nicht, weil wir gegen Solidarität in Europa sind, sondern weil wir dafür sind. Die  
63 Rettungspakete der Regierung haben vor allem die Banken gerettet: Fast die gesamten Hilfen »für  
64 Griechenland« sind in den Finanzsektor geflossen. Und die kaum sechs Prozent der Gelder, die in den  
65 griechischen Staatshaushalt geflossen sind, waren mit der Auflage verknüpft, mit den bereitgestellten  
66 Mitteln unter anderem Rüstung und Waffen zu importieren. Nicht zuletzt aus Deutschland.  
67 Das zeigt, was falsch ist an der Politik der Europäischen Union und der deutschen Regierung: Nicht  
68 Menschen werden gerettet, sondern Banken. Nicht das Vertrauen der Bevölkerung soll gewonnen  
69 werden, sondern das der Finanzmärkte. Nicht gute Arbeit und Investitionen in eine lebenswerte  
70 Zukunft bestimmen die Wirtschaftspolitik, sondern Konkurrenz, Militarisierung nach außen und innen  
71 und das Geschäft mit Krieg und Tod.

72 Die Bundeskanzlerin will die Europäische Union in einen »wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum«  
73 umbauen. Das bedeutet im Klartext: Das Wichtigste ist, dass die Europäische Union mit anderen  
74 Wirtschaftsräumen wie USA und Asien konkurrieren kann. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich,  
75 zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen sind dann nur noch wichtig, insoweit sie die  
76 Konkurrenzfähigkeit der ganzen Europäischen Union in Frage stellen. Wir verteidigen dagegen  
77 gemeinsam mit den linken Parteien in anderen europäischen Ländern und gemeinsam mit  
78 Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in Europa, dass sich die Lebensbedingungen für alle  
79 Menschen in der Europäischen Union verbessern und angleichen müssen. Die Schere von Arm und  
80 Reich ist in der Europäischen Union immer weiter aufgegangen. In Deutschland, in Griechenland, in  
81 fast allen europäischen Ländern werden die Reichen reicher und die Armen ärmer – und die Mitte  
82 schrumpft. Wir wollen, dass der gesellschaftliche Reichtum so verteilt wird, dass er allen  
83 zugutekommt. Die Superreichen und die Banken müssen endlich an den Kosten der Krise beteiligt  
84 werden – in allen Ländern. Deshalb streiten wir zusammen mit den linken Parteien in Europa für eine  
85 Abgabe auf hohe Vermögen. Mit einer Umverteilung von oben nach unten ist ein Politikwechsel für  
86 mehr soziale Gerechtigkeit möglich: in Deutschland und in ganz Europa.  
87 Für DIE LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir führen die  
88 Kämpfe dort, wo sie stattfinden, in der EU, in Deutschland, weltweit. Nicht, indem wir uns

89 zurückziehen auf den Nationalstaat, in der Hoffnung, dass sich Löhne und Sozialstandards leichter  
90 verteidigen lassen. Nicht, indem wir uns Illusionen machen über die neoliberale Europäische Union.  
91 Wir müssen sowohl in Europa als auch in Deutschland um gute soziale Standards ringen. Die Spirale  
92 der Konkurrenz um Standorte und niedrige Steuern für Unternehmen muss gestoppt werden.  
93 Dass immer mehr Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge dem Markt geöffnet werden, müssen wir  
94 auch in ganz Europa bekämpfen. Ob es möglich ist, in den Kommunen die Energieversorgung wieder in  
95 die öffentliche Hand zu bekommen, ob sie sich für kostenfreien Bus- und Bahnverkehr entscheiden  
96 können, wird auch in Brüssel entschieden. Ob regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt und  
97 Arbeitsplätze geschaffen werden können, hängt auch von der Wirtschaftspolitik und der  
98 Regionalförderung der Europäischen Union ab. Vielen Menschen ist das Nationale zu eng. Auch für  
99 uns. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und linken Parteien streiten wir für eine  
100 neue, andere Europäische Union. Eine EU, die Freiheit nicht mit der Freiheit von Waren und Kapital  
101 verwechselt und für die Sicherheit nicht darin besteht, dass an den Mauern ihrer Festung immer mehr  
102 Menschen in den Tod getrieben werden.

103 Bundeskanzlerin Angela Merkel will eine »marktkonforme Demokratie«. Das bedeutet im Klartext: Die  
104 Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung werden den Märkten hintangestellt. Nicht die Menschen  
105 gestalten die Europäische Union, sondern die Politik will die Interessen und Erwartungen der  
106 Menschen an die Märkte anpassen. Die Länder sollen in die Kürzungspolitik gedrängt werden und die  
107 Rechte der Parlamente und die Mitbestimmung der Bevölkerung werden ausgehebelt. Dafür stehen wir  
108 nicht zur Verfügung. Im Gegenteil: Wir wollen die Demokratie, die Parlamente, die Bürgerentscheide  
109 stärken. Wir wollen, dass Volksentscheide und europäische Bürgerinitiativen den Stimmen der  
110 Bevölkerungen Gehör verschaffen. In den letzten Jahren haben hunderttausende Menschen dagegen  
111 protestiert, dass ihre Regierungen den Kürzungen kaum Widerstand entgegen gesetzt haben. Dass  
112 ihre demokratischen Rechte den wirtschaftlichen Diktaten angeblicher Expertinnen und Experten  
113 untergeordnet wurden. An vielen Orten haben sie gegen Zwangsräumungen und für bezahlbaren  
114 Wohnraum gestritten. Auf den Straßen und Plätzen demonstrierten sie gegen die Aushöhlung der  
115 öffentlichen Daseinsvorsorge und der Demokratie. Der erste europaweite Generalstreik, der Erfolg der  
116 europaweiten Initiative gegen die Privatisierung des Wassers, die europäischen Proteste gegen die  
117 Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main haben gezeigt: Die Beschäftigten und die sozialen  
118 Bewegungen setzen der Politik der Troika ihren Widerstand entgegen. Sie sind bereit, Europa von  
119 unten neu zu gestalten. DIE LINKE und die Europäische Linke sind Teil dieser Bewegungen. Mit unserer  
120 Fraktion (Vereinte Europäische Linke /Nordische Grüne Linke) sind wir auch ein Sprachrohr dieser  
121 Bewegungen im Europäischen Parlament. Wir verteidigen die Meinungs- und Informationsfreiheit der  
122 Bürgerinnen und Bürger, deshalb haben wir das ACTA-Abkommen abgelehnt.  
123 Wir stellen uns gegen Dienstleistungsrichtlinien sowie das geplante Freihandelsabkommen mit den  
124 USA, die die Konkurrenz um die niedrigsten Löhne, Arbeitsbedingungen, soziale und ökologische  
125 Standards in Europa verschärfen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass prekäre Regionen gefördert  
126 werden. Für die Sicherheit von Lebensmitteln und Kinderspielzeug. Wir stellen uns gegen eine  
127 Erhöhung des Renteneintrittsalters.

128 Wir überlassen die Europäische Union nicht den Erfüllungsgehilfen von Finanzkapitalismus und  
129 Standortkonkurrenz. Wir verteidigen die sozialen Grundlagen der Demokratie und wollen die Macht  
130 der Banken und Konzerne brechen. Denn Demokratie ist auch eine Frage des Eigentums. Teilhabe an  
131 demokratischen Entscheidungen und Teilhabe am Reichtum der Gesellschaften hängen zusammen.  
132 Existenzangst ist eine Feindin der Demokratie. Auch deshalb wollen wir ein Europa der sozialen Rechte  
133 sowie der demokratischen Grundrechte. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Wir

134 wollen eine Umkehr in der Wirtschaftspolitik, weg von den Finanzmärkten, weg von der  
135 Rüstungsindustrie und der Umweltzerstörung. Wir wollen keine abgehängten Regionen, sondern eine  
136 gemeinsame Zukunft. Wir wollen eine Offensive für Beschäftigung in Gesundheit und Pflege, Bildung  
137 und Erziehung. Eine Offensive für die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und für eine soziale  
138 Energiewende. Damit lassen sich die Lebensverhältnisse in Europa verbessern, hier wie dort. Gerecht  
139 für alle.

## 140 1. Soziales Europa

141 *»Als Menschen, ...als Fußvolk sind wir noch lange nicht aus der Krise raus. Wir*  
 142 *kriegen es noch zu spüren« (Vertrauensmann aus der IG Metall)*

143 Die Krise in Europa ist auch das Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der Europäischen  
 144 Union. Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht gibt es eine umfassende neoliberale Ausrichtung,  
 145 liegen die Schwerpunkte auf der Freizügigkeit des Kapitals und auf Wettbewerbsvorteilen der  
 146 wirtschaftlich starken Länder. Die »Lissabon-Strategie« (2000 und 2005) sollte die EU zur  
 147 wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen. Damit wurden ein gnadenloser Standortwettbewerb  
 148 und Wettlauf um Senkung der Kosten sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft  
 149 verschärft.

- 150 • DIE LINKE fordert gemeinsam mit den Gewerkschaften eine soziale Fortschrittsklausel in  
 151 den EU-Verträgen. Soziale Grundrechte und Tarifautonomie müssen Vorrang vor der  
 152 Freiheit der Märkte haben. Wir wollen, dass in den EU-Verträgen neben Demokratie und  
 153 Rechtsstaatlichkeit auch die sozialen Rechte und die Sozialsysteme geschützt werden.
- 154 • DIE LINKE hat den Vertrag von Lissabon abgelehnt. Das gilt weiterhin. Wir fordern eine  
 155 Revision der Grundsatzverträge der EU, um einen Neustart für eine demokratische,  
 156 soziale, ökologische und friedliche Europäische Union zu ermöglichen. Über neue EU-  
 157 Verträge müssen in allen EU-Mitgliedstaaten Volksabstimmungen abgehalten werden.
- 158 • Wir wollen eine Europäische Union, die Wohlstand und Wohlfahrt für alle fördert. Dafür  
 159 brauchen wir einen gerechten und solidarischen Weg aus der Krise. Wir brauchen gute  
 160 Arbeit, gute Löhne, gute Renten, die vor Altersarmut schützen und den Lebensstandard  
 161 sichern. Wir brauchen soziale Sicherheit, die vor Armut schützt und sicherstellt, dass  
 162 nicht Angst und Stress das Leben bestimmen. Und wir müssen die Wirtschaft sozial und  
 163 ökologisch umbauen, damit die Menschen in Europa eine Zukunft haben.

### 164 1.1 Gerecht und solidarisch aus der Krise

165 *»Ich wünschte Merkel könnte verstehen, dass Austerität zu abnehmender Leistungskraft der Wirtschaft,*  
 166 *zu höherer Arbeitslosigkeit, niedrigeren Löhnen und mehr Ungleichheit führt. Es gibt kein Beispiel für*  
 167 *eine große Volkswirtschaft, die durch Austerität zu Wachstum gekommen ist.«*  
 168 *(Joseph Stiglitz, ehemaliger Chefökonom der Weltbank und Wirtschaftsnobelpreisträger)*

169 Seit 2007 ist die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 80 Jahren. Für alle ist sichtbar: Der  
 170 Kapitalismus ist unfähig, die brennendsten Probleme der Menschheit zu lösen. Der Finanzkapitalismus  
 171 setzt auf Verschärfung von sozialer Ungleichheit. Er setzt darauf, Löhne und Gehälter zu drücken und  
 172 die Reichen weitgehend aus der Finanzierung des Gemeinwesens zu entlassen. Die Suche nach  
 173 kurzfristigen Anlage- und Profitmöglichkeiten ist zum treibenden Moment der wirtschaftlichen  
 174 Entwicklung geworden. Gesellschaftlich notwendige öffentliche Infrastruktur, langfristige  
 175 wirtschaftliche Strukturen, ökologischer Umbau von Energie und Produktion, dringend notwendige  
 176 Dienstleistungen im Sozialen, in Gesundheit und Erziehung – über die Märkte werden keine  
 177 Investitionen dorthin gelenkt. Hier brauchen wir demokratische – also politische – Formen der  
 178 Steuerung von Investitionen.

179 Drei grundlegende Ursachen sind für die Krise in Europa verantwortlich:

- 180 1. Die Finanzmärkte wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten massiv dereguliert.  
 181 Neoliberale Politik hat die Regeln des internationalen Finanz- und Bankensystems weitgehend  
 182 beseitigt. Es wurden Schattenbanken zugelassen, wie zum Beispiel Hedgefonds und  
 183 außerbilanzielle Zweckgesellschaften. Eigenkapitalvorschriften der Banken wurden gelockert  
 184 und der Handel mit hochriskanten Finanzprodukten erlaubt. Die gesamtwirtschaftliche  
 185 Kreditvergabe stieg stärker als die Wirtschaftsleistung und führte zu einer weltweiten  
 186 Finanzkrise.
- 187 2. Die Liberalisierung der Finanzmärkte wurde von einer Umverteilung der Einkommen und  
 188 Vermögen von unten nach oben und einer Privatisierung der Altersvorsorge begleitet. Seit  
 189 zwei Jahrzehnten steigen die Gewinne weltweit viel stärker als die Löhne und  
 190 Sozialeinkommen. Zudem zahlen große Unternehmen, Banken und Vermögende immer  
 191 weniger Steuern. Die Massenkaufkraft ist gesunken, höhere Gewinne werden kaum noch  
 192 investiert. Das so frei gewordene Kapital drängte auf der Suche nach kurzfristigen Anlage- und  
 193 Profitmöglichkeiten auf die Finanzmärkte und in die Spekulationsblasen. Deregulierung und  
 194 Umverteilung von unten nach oben führten in nahezu allen EU-Staaten zu einer Banken- und  
 195 Finanzkrise. Europaweit wurden Rettungsschirme für Banken aufgespannt – auf Kosten der  
 196 Bevölkerung: Erst durch diese Milliardenzahlungen, mit denen die Banken gerettet werden  
 197 sollten, wurden die Staatsschulden in vielen EU-Staaten in die Höhe getrieben.
- 198 3. Extreme Ungleichgewichte beim Außenhandel in einem gemeinsamen Währungsraum haben  
 199 zu erheblichen Problemen geführt. Die deutsche Wirtschaft ist auf Export getrimmt worden:  
 200 mit Niedriglöhnen im Bereich der Dienstleistungen und der Zulieferer. Die Binnennachfrage  
 201 wurde vernachlässigt. Die übermäßigen Exportüberschüsse der einen (vor allem  
 202 Deutschlands) sind die Schulden der anderen, weil letztere ihre Importüberschüsse durch eine  
 203 Kreditaufnahme bezahlen müssen. Eine Lösung der Krise, ohne die Ungleichgewichte im  
 204 Handel mit Waren und Dienstleistungen in Europa abzubauen, ist aussichtslos.

### 205 1.1.1 Krisenpolitik zerstört Demokratie und Sozialstaat in Europa

206 *»Ich habe ein durchschnittliches Gehalt, etwa 1.000 Euro im Monat. Trotzdem wird die Situation wegen  
 207 der Sparpolitik immer schlimmer, wir merken das ganz direkt: Die Regierung hat gerade die  
 208 Sozialversicherungsbeiträge von sieben auf 18 Prozent angehoben. Das Geld fehlt natürlich, zumal alles  
 209 teurer wird: die Lebensmittel, die Mieten.  
 210 Erst vor kurzem wurde die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent angehoben. Da bleibt am Monatsende nichts  
 211 übrig, oft wird es schon in der Mitte des Monats knapp, denn die Lebenshaltungskosten sind hier nicht  
 212 viel niedriger als beispielsweise in Deutschland. Dabei sind die Löhne in Portugal viel niedriger.«  
 213 (Carracedo, Angestellter in Portugal)*

214 In der Krise wurde aus Internationalem Währungsfonds (IWF), EU-Kommission und Europäischer  
 215 Zentralbank (EZB) die so genannte Troika gebildet. Sie entscheidet ohne demokratische Legitimation  
 216 und vertritt die Interessen von Banken und Konzernen. Die Politik der Troika hat die Krise nicht gelöst.  
 217 Im Gegenteil: Viele Länder stehen wirtschaftlich schlechter da, die Lebensbedingungen für Millionen  
 218 Menschen sind prekär. Die Politik der Kürzungen (Austerität) diktiert, in die Krise hinein zu sparen. Das  
 219 Ergebnis ist verheerend: Die Wirtschaftsleistung sinkt, die Schulden steigen und die Erwerbslosigkeit –  
 220 vor allem der Jugend – explodiert. In Griechenland zum Beispiel ist die Wirtschaftsleistung seit 2008  
 221 um ein Viertel zurückgegangen. Über 25 Prozent der Griechinnen und Griechen sind inzwischen  
 222 erwerbslos – vor der Krise waren es weniger als zehn Prozent. Bei den Jugendlichen liegt die  
 223 Erwerbslosigkeit bei über 60 Prozent. Die von der Troika diktierten Kürzungen – bei Löhnen, Renten

224 und Sozialleistungen – haben nicht den Staatshaushalt saniert. Über 90 Prozent der »Hilfsgelder«  
 225 flossen in den Finanzsektor.  
 226 Der vom Europäischen Rat geplante »Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz« setzt diese  
 227 Politik fort. Er verpflichtet die Mitgliedstaaten gegenüber der EU-Kommission zu »Strukturreformen«:  
 228 Arbeitsmärkte weiter deregulieren, Sozialleistungen kürzen und die öffentliche Daseinsvorsorge  
 229 privatisieren. Die Bundeskanzlerin will die Politik von Niedriglohn und Verarmung der Agenda 2010 auf  
 230 ganz Europa übertragen. Das wird auf längere Sicht auch in Deutschland zu weiteren Kürzungen bei  
 231 Löhnen und Sozialleistungen führen.

### 232 **1.1.2 Mit LINKS aus der Krise**

233 DIE LINKE hat als einzige Partei im Deutschen Bundestag die vermeintliche »Euro-Rettung« und den  
 234 Fiskalpakt abgelehnt. Und wir lehnen auch den geplanten »Pakt für Wettbewerbsfähigkeit und  
 235 Konvergenz« ab. Stattdessen müssen Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik der europäischen Staaten  
 236 aufeinander abgestimmt werden, um eine Dumping-Konkurrenz zu unterbinden.  
 237 Wir stehen für ein Europa, in dem nicht griechische Krankenschwestern, portugiesische Rentnerinnen  
 238 und Rentner, spanische Jugendliche und Beschäftigte in Deutschland für die Krise zahlen. Tatsächlich  
 239 sind »Strukturreformen« notwendig: Statt Löhne, Renten und Sozialleistungen zu kürzen, wollen wir  
 240 den extremen Reichtum der Millionärinnen und Millionäre europaweit wesentlich stärker zur  
 241 Finanzierung wichtiger sozialer und ökologischer Investitionen oder Infrastrukturprojekte heranziehen.  
 242 Ein solches Programm soll europaweit koordiniert werden (*vergleiche Kapitel 1.3.1 »Ein Programm für*  
 243 *die Zukunft«*).

244 Wir wollen ein Europa der solidarischen Nachbarn:

- 245 • in dem die Menschen in der Krise gerettet werden und nicht 90 Prozent der Hilfen an Banken  
 246 und in den Finanzsektor fließen;
- 247 • in dem die Staaten von der Allmacht der Banken- und Finanzwelt befreit sind und es der  
 248 Politik nicht darum geht, das »Vertrauen« der Finanzmärkte, sondern das der Bürgerinnen und  
 249 Bürger zurückzugewinnen;
- 250 • in dem die Geld- und Kreditschöpfung sowie der Zahlungsverkehr der Banken als  
 251 gesellschaftlich zentrale Funktionen unter öffentliche und damit demokratische Kontrolle  
 252 gestellt werden;
- 253 • in dem nicht die Bevölkerungen gegeneinander ausgespielt, sondern Reiche und Vermögende  
 254 angemessen beteiligt werden, um die Krise zu überwinden.
- 255 • ein Europa, in dem sich die Mitgliedstaaten der EU nicht gegenseitig mit Lohn- und  
 256 Steuerdumping, Sozialabbau und Privatisierungen niederkonkurrieren. Stattdessen werden  
 257 gemeinsame Standards in der Sozial- und Steuerpolitik vereinbart.

258 In einem ersten Schritt muss die Kürzungspolitik der Troika gestoppt und sofort ein Kurswechsel in der  
 259 Eurokrisenpolitik eingeleitet werden. Die zentralen Punkte dabei sind:

- 260 • Länder, die Mittel erhalten, müssen hohe Vermögen und Spitzeneinkommen besteuern bzw.  
 261 mit Abgaben belegen, um die Reichen an der Finanzierung der Krise angemessen zu  
 262 beteiligen.
- 263 • Wir wollen Kredite mit einer Sozialstaatsgarantie verbinden: Lohn- und Rentenkürzungen  
 264 sowie der Abbau von Sozialleistungen werden ausgeschlossen.
- 265 • Das Bankensystem muss saniert und private Großbanken vergesellschaftet, streng reguliert  
 266 und wie die Sparkassen dem Gemeinwohl verpflichtet werden (*vergleiche Kapitel 1.1.3*  
 267 *»Banken entmachten – Finanzmärkte regulieren«*).

268 • Die Ausgaben für Militär und Rüstung müssen jährlich abgebaut werden, um perspektivisch  
269 auf null zu sinken;

270 • Steuerdumping für Unternehmen muss unterbunden werden.

271 DIE LINKE hat sich zu Beginn der Krise dafür eingesetzt, dass Verursacher und Profiteure der Krise mit  
272 einem Schuldenschnitt zur Kasse gebeten werden. Die Politik der »Bankenrettung« hat die privaten  
273 Gläubiger durch öffentliche Mittel abgesichert. Ein Schuldenschnitt könnte jetzt auf Kosten von  
274 Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gehen. Die Legitimität der Schulden von Staaten bei privaten  
275 Banken muss überprüft und Gegenstand eines demokratischen Prozesses werden. Deshalb fordern  
276 wir einen Schuldenaudit (Überprüfung der Legitimität des Schuldenbestands) und einen substanziellen  
277 Schuldenschnitt für illegitime Schulden, um Banken und andere private Gläubiger an der Finanzierung  
278 zu beteiligen.

279 • Die öffentlichen Haushalte sollen von der Diktatur der Finanzmärkte befreit werden, indem die  
280 Staaten sich bei der EZB in einem festgelegten Rahmen günstig finanzieren können und nicht  
281 mehr auf die Finanzmärkte angewiesen sind.

282 • Wir wollen dann den Schuldenstand bei überschuldeten Staaten sozial verträglich durch eine  
283 kombinierte Anwendung von Schuldenschnitt und Millionärsabgabe auf Vermögen senken.

284 • Wir wollen die Ungleichgewichte in der Eurozone durch solidarische Regeln vermeiden. Dazu  
285 gehört unter anderem eine effektive Koordinierung der Lohn- und Steuerpolitik, die Lohn- und  
286 Steuerdumping verhindert.

287 Ohne die Banken zu entmachten, die Reichen europaweit an den Kosten der Krise zu beteiligen und  
288 die massiven außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abzubauen, wird jeder Versuch, die Krise zu  
289 lösen, scheitern.

### 290 **1.1.3 Banken entmachten - Finanzmärkte regulieren**

291 *»In den Jahren 2008 bis 2011 haben die EU-Staaten ihren Banken Hilfgelder und Garantien in einem  
292 Umfang von 4,5 Billionen Euro bereitgestellt. In der EU stiegen in diesem Zeitraum die Staatsschulden  
293 um 24 Prozent.« (EU-Kommission 2012)*

294 DIE LINKE lehnt die geplante europäische »Bankenunion« ab. Die Bankenaufsicht liegt ab  
295 November 2014 in der Verantwortung der Europäischen Zentralbank – ohne demokratische Kontrolle.  
296 Zudem ist sie selbst als Kreditgeber der Banken mit der Aufsicht der Banken in einem permanenten  
297 Interessenskonflikt. Der geplante einheitliche Mechanismus zur Abwicklung von Banken (SRM)  
298 entlässt Eigentümer und Gläubiger der Pleitebanken aus ihrer Verantwortung und sieht keine  
299 präventive Zerschlagung von systemrelevanten Großbanken vor. Der angestrebte europäische  
300 Abwicklungsfonds, der sich aus Abgaben der Banken finanzieren soll, ist viel zu klein, um künftige  
301 Banken Krisen bewältigen zu können. So werden weder künftige Krisen noch Bankenrettungen auf  
302 Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verhindert. Der geplante Rückgriff auf den aus  
303 Steuermitteln gespeisten Europäischen Stabilitäts-Mechanismus ESM verdeutlicht dies.

304 • DIE LINKE steht für eine grundlegende Regulierung des europäischen Banken- und  
305 Finanzsektors. Eigentümer und Gläubiger müssen für ihr privates Geschäftsrisiko auch haften.  
306 »Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert« – diesem Prinzip der  
307 Bankenrettungspolitik stellen wir uns entgegen.

308 • Jede Bank in Europa muss auch abgewickelt werden können. DIE LINKE fordert im Pleitefall  
309 eine kontrollierte Insolvenz maroder (Groß-)Banken. In diesem Verfahren müssen zunächst die  
310 Eigentümer und dann die Gläubiger für die Verluste der Bank herangezogen werden. Die  
311 Einlagen der Kleinsparerinnen und Kleinsparer sowie gewerbliche Kredite sind dabei öffentlich

312 abzusichern.

313 Der Bankensektor in Europa muss grundlegend umgebaut werden: Die Aufgaben und Funktionen  
314 müssen neu gefasst werden. Das Finanzsystem braucht keine Spielbanken. Das Investmentbanking –  
315 bei dem ohne Nutzen für die Realwirtschaft mit vielen Risiken auf den Finanzmärkten spekuliert wird,  
316 um hohe Renditen zu erzielen – ist als Geschäftsfeld abzuwickeln.

- 317 • DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-TÜVs, der die Geschäftspraktiken der  
318 Finanzbranche und sämtliche angebotene Finanzprodukte prüfen und vor der Einführung  
319 genehmigen muss.
- 320 • Die geltenden Eigenkapitalquoten für Banken (Basel III) müssen deutlich erhöht werden.
- 321 • Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-  
322 Gesellschaften müssen aufgelöst werden bzw. die Verbindung zu Schattenbanken im Ausland  
323 gekappt werden.
- 324 • Dagegen sind kommunale und genossenschaftliche Geldinstitute, die vor allem die regionale  
325 Wirtschaft und Infrastruktur fördern, gezielt zu unterstützen.
- 326 • Private Großbanken wollen wir in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und  
327 Verwaltung überführen.
- 328 • Gegen das Monopol der privaten Rating-Agenturen wollen wir eine öffentliche europäische  
329 Rating-Agentur schaffen. Ratings von souveränen Staaten und Gebietskörperschaften lehnen  
330 wir ab. Ratings privater Agenturen dürfen nicht Gegenstand von verbindlichen Regeln der EU  
331 sein.
- 332 • Die EZB darf nicht nur für Preisstabilität zuständig sein, sondern muss gleichrangig auf die  
333 Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet werden. Sie muss  
334 durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert werden.

335 Die wirklichen Verursacher und Profiteure der Krise – und der hohen Staatsschulden – müssen zur  
336 Verantwortung gezogen werden:

- 337 • Wir fordern eine Bankenabgabe, um den europäischen Bankensektor gezielt an den  
338 Krisenkosten zu beteiligen.
- 339 • Der Kampf gegen Steuerflucht muss verschärft werden: durch automatische Meldepflichten  
340 für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, Entzug von Banklizenzen für  
341 nichtkooperative Banken und verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und  
342 durch Kapitalverkehrskontrollen.
- 343 • Die öffentliche Kreditaufnahme muss von den Finanzmärkten befreit werden. Die EZB soll die  
344 Staaten in der Euro-Zone in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren. Als einen ersten  
345 Schritt fordert DIE LINKE die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen.
- 346 • Um die Finanzspekulation gegen die gemeinsame Währung zu verhindern, fordern wir die  
347 Einführung gemeinsamer Staatsanleihen aller Euro-Staaten.

348

#### 349 **1.1.4 Umsteuern: Profiteure der Krise zur Kasse**

350 *»Das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit etwa 14 Billionen Euro die gesamte*  
351 *Staatsverschuldung aller EU-Staaten, die bei 11 Billionen Euro liegt.« (Global Wealth Report 2013)*

352 Der private Reichtum in Europa muss gerechter verteilt werden.

- 353 • DIE LINKE fordert gemeinsam mit der Europäischen Linken, in allen EU-Staaten eine  
354 einmalige Abgabe auf Vermögen ab einer Million Euro zu erheben. Damit sollen die durch  
355 Bankenrettung und Finanzkrise entstandenen Staatsschulden zurückgeführt und die  
356 Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessert werden.

- 357
- Die Einführung einer Finanztransaktionsteuer von 0,1 Prozent ist überfällig.

### 358 **Gerechte Steuern in Europa**

359 Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerpolitik zwischen den Staaten der EU koordiniert wird.  
360 Steuerdumping und Steuerflucht wollen wir so beenden. Die EU-Kommission geht davon aus, dass den  
361 EU-Staaten jährlich bis zu einer Billion Euro durch Steuerflucht und Steuerhinterziehung verloren  
362 gehen. Multinationale Konzerne nutzen (meist legale) Steuerschlupflöcher, Gewinne werden hin-und  
363 herschoben. In der EU herrscht ein Unterbietungswettbewerb: Luxemburg bietet Steuerbefreiung,  
364 Irland wirbt mit Niedrigsätzen.

- 365
- DIE LINKE fordert, einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und  
366 einheitlichen Bemessungsgrundlagen.
  - Um Steuerflucht wirksam zu bekämpfen, wollen wir in der EU die Steuerpflicht der  
367 Bürgerinnen und Bürger an die Staatsbürgerschaft binden.
  - Wir wollen Steueroasen innerhalb und außerhalb der EU austrocknen:  
368 Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten sind zu kündigen und ggf.  
369 Steuern direkt an der Quelle zu erheben, um Steuertricks von Konzernen wie die  
370 konzerninterne Verschiebung von Gewinnen und Verlusten zu unterbinden. Banken, die in  
371 Steueroasen operieren, ist die Lizenz zu entziehen.  
372  
373

### 374 **Für einen gerechten und solidarischen EU-Haushalt**

375 Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014-20 ist der erste Kürzungshaushalt in der Geschichte der  
376 Europäischen Union, obwohl die Union größer geworden ist. Damit kann der gewachsenen Armut und  
377 den Herausforderungen an europäische Politik im Bereich Nachhaltigkeit, Strategien gegen  
378 Klimawandel und Ressourcenknappheit nicht hinreichend begegnet werden. Wir kritisieren den  
379 Haushaltskompromiss, weil für die zu begleichenden Verbindlichkeiten nicht genügend Mittel  
380 eingestellt sind. Die EU wird sich auf Jahre verschulden müssen.

381 DIE LINKE fordert einen Politikwechsel in der EU-Haushaltspolitik!

382 Der EU werden von den Mitgliedstaaten, insbesondere von der Bundesrepublik, regelmäßig Zahlungen  
383 versagt. Wir verlangen von der Bundesregierung, ihre unseriöse Politik im Rat einzustellen und  
384 stattdessen dafür zu sorgen, dass die EU ihre gesetzlich verbrieften Mittel unverzüglich erhält. EU-  
385 Haushaltspolitik darf keine Erpressungspolitik gegenüber Mitgliedstaaten zur Umsetzung des  
386 Fiskalpaktes sein.

- 387
- Statt komplexer Rabattsysteme für reiche EU-Mitgliedstaaten muss die Mittelverteilung nach  
388 der Notwendigkeit und den realen Erfordernissen der Regionen erfolgen. Nationale Egoismen  
389 dürfen nicht den Haushalt diktieren. Es sollen stärkere Eigeneinnahmen der EU gewährt  
390 werden.
  - Die Kürzungen bei der Regional- und Strukturpolitik im EU-Haushalt müssen zurückgenommen  
391 werden. Wir setzen uns für eine Evaluation der geflossenen Mittel ein, der Abbau von  
392 Benachteiligungen in den Regionen muss forciert werden. Deutschlands Regionen benötigen  
393 auch weiterhin Strukturhilfen der EU.
  - Die EU-Haushaltspolitik muss solidarisch und berechenbar gestaltet sein und ermöglichen,  
394 dass die Infrastruktur gefördert und Beschäftigung gesichert wird. Es dürfen keine  
395 Haushaltsmittel für die Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie zur Verfügung gestellt  
396 werden. Eine wirksame Jugendförderung, die auch die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft, muss  
397 den Vorrang haben.  
398  
399

- 400 • Wir wollen eine EU-Armutsstrategie, die mit ausreichend Mitteln im Haushalt untersetzt ist.  
 401 Auch Energieeffizienz und eine Energiepolitik, die auf erneuerbare Energien setzt, müssen  
 402 gefördert werden. Andere Energiemodelle bedürfen keiner Förderung. Für die Entwicklungs-  
 403 und Nachbarschaftspolitik müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

#### 404 **1.1.5 Solidarisch miteinander statt ruinöser Wettbewerb**

405 *»Deutschland hat in den Jahren 2000 bis 2010 Exportüberschüsse in Höhe von über 1000 Milliarden*  
 406 *angehäuft. Im selben Zeitraum mussten allein Griechenland und Portugal 377 Milliarden an*  
 407 *Leistungsbilanzdefiziten finanzieren.« (Eurostat)*

408 Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthält, tritt DIE LINKE nicht für  
 409 ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand ist, dass der Kurs der Kürzungspolitik  
 410 (Austerität) beendet wird. Die Währungsunion muss neu ausgerichtet werden, damit sie nicht  
 411 Spaltungen weiter vertieft, sondern die gravierenden Ungleichheiten überwindet und eine friedliche  
 412 und fruchtbare Zusammenarbeit in Europa befördert. Eine einheitliche Geldpolitik für eine Gruppe von  
 413 Staaten mit völlig unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsmärkten führt dazu, dass sich  
 414 die Unterschiede dieser Länder eher verstärken. In der Logik des Wettbewerbs gibt es nur einen oder  
 415 wenige Gewinner, und Gewinner gibt es nur, wenn es auch Verlierer gibt.

416 DIE LINKE strebt ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten der EU und  
 417 gegenüber dem Rest der Welt an, um neue Schulden- und Währungskrisen zu verhindern. Staaten, die  
 418 einen großen Überschuss an Exporten haben, müssen diesen zurückfahren. Dafür muss die  
 419 Binnennachfrage durch höhere Löhne, öffentliche Investitionen und den Ausbau des Sozialstaats  
 420 gestärkt werden. Staaten, die übermäßig auf Importe angewiesen sind, müssen ihre  
 421 Wirtschaftsleistung durch Investitionen in den Strukturwandel stärken. Besonders dauerhafte  
 422 Exportüberschüsse innerhalb der EU müssen sanktioniert werden, um den Strukturwandel in den  
 423 Krisenstaaten zu finanzieren und dort eine expansive Wirtschaftspolitik zu unterstützen  
 424 (Ausgleichsunion). Ein Abbau der Ungleichgewichte würde sowohl die Situation der Lohnabhängigen in  
 425 den exportorientierten Ländern (z.B. Deutschland) als auch die wirtschaftliche Entwicklung in den  
 426 Krisenstaaten verbessern.

427 Eine Lehre aus der aktuellen Krise muss eine Reform der Europäischen Währungsunion (EWU) sein, in  
 428 dem außenwirtschaftliche Gleichgewichte zwischen den Mitgliedern der EWU als Ziel verankert  
 429 werden und auf Überschuss- und Defizit-Länder entsprechend Druck zur Anpassung gerichtet wird.

- 430 • Wir wollen einen Ausgleichs-Fonds einrichten. Wenn die genannten Reformen ausbleiben,  
 431 werden Kompensationszahlungen fällig. Das gilt auch, wenn Kosten für Bildung und  
 432 Ausbildung auf andere Staaten ausgelagert werden, indem qualifiziertes Fachpersonal aus  
 433 anderen Ländern abgeworben wird. Aus dem Ausgleichs-Fonds werden dringend benötigte  
 434 Investitionen in Infrastruktur und wirtschaftlichen Aufbau finanziert.

#### 435 **1.2 Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit in ganz Europa!**

436 Angela Merkel und die Europäische Kommission wollen die EU zur »wettbewerbsfähigsten  
 437 wissensbasierten Ökonomie der Welt« machen. Doch während die EU-Diplomaten von  
 438 Vollbeschäftigung reden, haben sie Niedriglöhne und prekäre Jobs durchgesetzt. Absichtserklärungen  
 439 zur »Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung« stehen erzwungenen Lohn- und  
 440 Rentenkürzungen sowie einer Politik der Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und des  
 441 Sozialabbaus gegenüber. Der Flickenteppich von ungleichen Lebensverhältnissen in Europa ist  
 442 Ergebnis einer jahrzehntelangen neoliberalen Europapolitik – die aufgezwungene Kürzungs- und

443 Privatisierungspolitik hat die Schere zwischen Arm und Reich weiter vertieft, die Lohnunterschiede  
 444 zwischen Männern und Frauen weiter verstärkt, prekäre Arbeit und Niedriglöhne ausgeweitet.  
 445 Gemeinsam mit anderen linken Parteien streiten wir für ein Europa, das nicht Massenarbeitslosigkeit,  
 446 eine ‚verlorene Generation‘ der Jugend und massive Armut schafft.

447 Die Antwort der europäischen Linken auf die Krise in Europa muss ein gemeinsamer Widerstand über  
 448 Ländergrenzen hinweg sein: für eine Beschäftigungsoffensive und höhere Löhne, bessere  
 449 Sozialstandards und Beschäftigtenrechte und für eine Mindestsicherung, die vor Armut schützt. Wir  
 450 beschränken uns nicht auf abstrakte Richtlinien und parlamentarische Berichterstattung – wir  
 451 kämpfen gemeinsam und an konkreten Projekten mit Beschäftigten, Gewerkschaften, Bewegungen  
 452 und linken Parteien. Vor Ort und europaweit. Gewerkschaften, Sozialverbände und gesellschaftliche  
 453 Initiativen, linke Parteien und soziale Bewegungen müssen sich europaweit organisieren.

#### 454 **1.2.1 Gute Arbeit statt niedriger Löhne und unsicherer Jobs. Arbeitszeit verkürzen.**

455 *»Ein soziales Europa wird nicht durch Sozialabbau und Lohndumping erreicht!«*  
 456 *(Martin Hellwig, Gemeinschafts-Betriebsrats-Vorsitzender Flughafen Hamburg,*  
 457 *zum Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping an Flughäfen)*

458 Immer mehr Menschen haben unsichere Jobs und sind gezwungen, in Leiharbeit, befristeten  
 459 Arbeitsverhältnissen oder unfreiwillig in Teilzeit zu arbeiten: In allen Mitgliedstaaten der Europäischen  
 460 Union sind nur noch weniger als die Hälfte aller Arbeitsverhältnisse unbefristet und tarifvertraglich  
 461 bezahlt. Arm trotz Arbeit durch Niedriglöhne, Unsicherheit durch Befristungen, Praktika und  
 462 Leiharbeit, Entfremdung von Partnern, Familie und Freunden – das alles ist Resultat dieser Politik.  
 463 Frauen, jüngere und ältere Beschäftigte trifft es dabei besonders hart. »Flexicurity« nennt sich das –  
 464 ein Kunstwort der Europäischen Politik aus »flexibility« (Flexibilität) und »security« (Sicherheit). Es  
 465 gaukelt vor, dass eine höhere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit mehr sozialer Sicherheit  
 466 einhergeht. Doch während der Kündigungsschutz geschleift und prekäre Jobs gezielt gefördert  
 467 wurden, bleibt die soziale Sicherheit auf der Strecke. Das Ergebnis: Viel Flexi - wenig Security!

468 DIE LINKE setzt sich für ein neues Beschäftigungsleitbild für Europa ein: »Gute Arbeit«. Europa braucht  
 469 ein Leitbild für unbefristete Beschäftigung, von der armutsfest ein eigenständiges Leben gestaltet  
 470 werden kann und die nicht krank macht. Und das gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Kultur,  
 471 ehrenamtliches Engagement und Muße ermöglicht.

- 472 • Niedriglöhne bekämpfen: Kurzfristig brauchen wir eine verbindliche europäische  
 473 Mindestlohnregelung in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns.  
 474 Diese kann gesetzlich oder tarifvertraglich auf nationaler, regionaler oder Branchenebene  
 475 gewährleistet werden – muss aber in jedem Mitgliedstaat allen Beschäftigten einen  
 476 existenzsichernden Lohn garantieren.
- 477 • Arbeitszeitverkürzung: Wir machen uns für die Begrenzung und drastische Verkürzung von  
 478 (Höchst-)Arbeitszeiten stark. Die Ausnahmeregelungen und Lücken in der EU-  
 479 Arbeitszeitrichtlinie müssen beseitigt werden. Wir wollen eine allgemeine verbindliche  
 480 Höchst-arbeitszeit von zunächst 40 Stunden die Woche festsetzen.
- 481 • Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Verbindliche Richtlinien bei Leiharbeit, Dienstleistung und  
 482 Entsendung sind notwendig. Beschäftigte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt und als  
 483 Lohndrücker oder Streikbrecher missbraucht werden – wir wollen überall in Europa gute

- 484 Arbeit und gute Löhne. Wir setzen uns für ein Verbot der Leiharbeit und für den Grundsatz  
485 »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Mann und Frau« ein.
- 486 • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Im Durchschnitt verdienen Frauen in der EU fast 17  
487 Prozent weniger. Damit muss endlich Schluss sein!
  - 488 • Für eine umfassende »Jugendgarantie«: Die Pläne der EU reichen bei weitem nicht. Um die  
489 Massenerwerbslosigkeit der Jugend in Europa zu bekämpfen, muss ein Recht auf Ausbildung  
490 und Übernahme eingeführt werden. Dafür sind mehr EU-Mittel notwendig als bislang  
491 vorgesehen. DIE LINKE setzt sich für ein Sofortprogramm für Menschen ohne abgeschlossene  
492 Berufsbildung ein.
  - 493 • Kampf der prekären Arbeit: Wir wollen europaweit unsichere und befristete Jobs in  
494 sozialversicherungspflichtige, unbefristete Arbeitsverhältnisse umwandeln. Sachgrundlose  
495 Befristungen wollen wir ausschließen.
  - 496 • Migrantinnen und Migranten dürfen nicht als kurzfristige Arbeitskräfte ausgebeutet werden.  
497 Im Rahmen einer Europäischen Teilhabe-Agenda sollen die Länder der Europäischen Union zur  
498 rechtlichen, politischen und sozialen Gleichstellung aller Migrantinnen und Migranten  
499 verpflichtet werden. Wir sprechen uns gegen Arbeitsverbote für Asylsuchende und für faire  
500 Arbeitsbedingungen für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus aus.
  - 501 • Um stabile Beschäftigung zu sichern, wollen wir grenzüberschreitende  
502 Wirtschaftskooperationen und die Vernetzung von Arbeitsmärkten in den Grenzregionen  
503 weiter befördern.
- 504 Die Beschäftigten, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen müssen ihre Kämpfe in Europa  
505 koordinieren und verstärken. DIE LINKE ist dabei: gegen die Arbeitszeitverlängerung für Fernfahrer  
506 ebenso wie gegen die Einschränkung des Kündigungsschutzes für junge Beschäftigte in Frankreich.
- 507 • Gewerkschaften und Tarifverträge müssen europaweit gestärkt werden. Wir wollen  
508 Mindestregelungen für ein europäisches Tarif- und Sozialsystem und Möglichkeiten  
509 grenzüberschreitender Tarifverträge und Streikaktivitäten verbessern. Das Recht auf  
510 politischen Streik muss in ganz Europa gelten – auch in Deutschland.
  - 511 • Die Möglichkeit, durch Verlagerung des Unternehmenssitzes innerhalb der EU das  
512 Mitbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten zu umgehen und so die Wirtschafts- und  
513 Sozialordnungen gegeneinander auszuspielen, muss unterbunden werden.
  - 514 • Insbesondere bei Massenentlassungen und Betriebsverlagerungen müssen die Rechte der  
515 Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gestärkt werden – eine Verlagerungsabgabe soll  
516 verhindern, dass Unternehmen für kurzfristige Renditen verlagert werden; sie sollen an der  
517 Finanzierung der gesellschaftlichen Kosten von Betriebsschließungen beteiligt werden.  
518 Massenentlassungen in profitablen Betrieben müssen verboten werden.
  - 519 • Wir wollen Solidarität und Kooperation der Beschäftigten über nationale Grenzen hinweg  
520 stärken. Die tausend europäischen Betriebsräte, die grenzüberschreitende Solidarität,  
521 Information und Zusammenarbeit ermöglichen, sind ein erster Schritt.

522 Die Ausgestaltung einer sozialen und demokratischen Wirtschaftsweise erfordert demokratische  
 523 Kontrolle, Teilhabe und Mitspracherechte. Wir wollen das Genossenschaftsrecht stärken, regionale  
 524 Wirtschaftskreisläufe unterstützen und den Ausbau von Belegschaftseigentum voranbringen.

### 525 **1.2.2 Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung: soziale Rechte**

526 *»Wir haben uns entschieden, dass wir nicht zulassen werden, dass unsere Familien für die aktuelle*  
 527 *ökonomische Krise zahlen. Wir werden nicht auf der Straße schlafen, während es Tausende von*  
 528 *leerstehenden Wohnungen gibt. Deshalb haben wir beschlossen, uns in dem Gebäude einzuquartieren,*  
 529 *das seit einigen Jahren leer steht, und das vor dem Hintergrund der aktuellen ökonomischen Entwicklung*  
 530 *noch lange Zeit leer stehen wird.«*  
 531 *(Erklärung von fünf Familien, die im spanischen Sevilla am 30. August 2012 in ein leerstehendes Haus*  
 532 *eingezogen sind.)*

533 Durch Sozialabbau und Kürzungspolitik, durch Massenerwerbslosigkeit und Niedriglöhne ist die Armut  
 534 in Europa angewachsen. Jede und jeder Vierte ist arm oder armutsgefährdet – besonders betroffen  
 535 sind Kinder und ältere Menschen. Anstatt Armut und Ausgrenzung konsequent zu bekämpfen, fordern  
 536 die Regierungschefs der EU-Staaten bei Rente und Gesundheitsversorgung weitere Kostensenkungen  
 537 und mehr Eigenvorsorge – faktisch heißt das: Zwei-Klassen-Medizin und mehr Zuzahlungen, geringere  
 538 Renten und mehr Altersarmut.

539 Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken und vor weiteren Privatisierungen schützen – nur  
 540 so kann allen Menschen ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, Gesundheit, kostengünstiger  
 541 Energie und sozialer Sicherheit gewährleistet werden. Wir solidarisieren uns mit Protesten gegen  
 542 Zwangsräumungen. Banken werden mit Steuergeld gerettet und Familien mit Kindern auf die Straße  
 543 gesetzt, weil sie ihre Miete nicht mehr zahlen können. Das nehmen wir nicht hin!

544 Die Europäische Union soll Programme zur Verbesserung der sozialen Sicherheit verbindlich  
 545 verabreden und überwachen. Die Ausgaben für soziale Sicherung sollen europaweit mindestens  
 546 genauso stark wie das Bruttosozialprodukt steigen – so kann Sozialdumping verhindert und eine  
 547 Konkurrenz der Mitgliedstaaten auf dem Rücken von Familien, Beschäftigten und Rentnerinnen und  
 548 Rentnern verhindert werden.

549 

- Während die Europäische Union nur die Freiheit des Wettbewerbs kontrolliert, wollen wir, dass

  
 550 

- die Einhaltung von sozialen Vorschriften EU-weit überprüft und Verstöße dagegen geahndet

  
 551 

- werden.

552 

- Deutschland und die Europäischen Union müssen der revidierten Europäische Sozialcharta

  
 553 

- des Europarats samt seinen Zusatzprotokollen beitreten und insbesondere das Recht auf eine

  
 554 

- Wohnung, den besonderen Schutz älterer Menschen, den Schutz vor Armut und Ausgrenzung

  
 555 

- umsetzen. Wir wollen den Gewerkschaften ein Beschwerderecht beim Europarat einräumen,

  
 556 

- um Verstöße gegen die sozialen Grundrechte zu ahnden und Klagen zu ermöglichen.

557 Wir wollen die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zum verbindlichen Kernziel der  
 558 Europäischen Union machen. Mit Kinderarmut werden wir uns niemals abfinden!

559 

- DIE LINKE unterstützt verbindliche Zielvorgaben für die Bekämpfung von Armut – so brauchen

  
 560 

- wir eine EU-Vorgabe, die für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Rente im Rahmen der

  
 561 

- Sozialversicherungen ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren

- 562 Einkommens vor Ort (für Experten: »des mittleren nationalen Nettoäquivalenzeinkommens«)  
563 gewährleisten sollen.
- 564 • Alle Bürgerinnen und Bürger Europas sollen unabhängig von der Erwerbsbiografie, Herkunft  
565 oder Nationalität Anspruch auf soziale Mindestsicherung an ihrem Wohnort haben. In  
566 Deutschland sind das derzeit 1050 Euro. In Ländern mit niedrigem Einkommensniveau werden  
567 Warenkörbe zu Überprüfung der ausreichenden Höhe ergänzend herangezogen.
  - 568 • Initiativen zur Erhöhung der Renteneintrittsalter erteilen wir eine klare Absage: Wir sagen Nein  
569 zur Rente erst ab 67 in Deutschland und Nein zu einer europaweiten Kopplung des  
570 Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung.
  - 571 • Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer weiteren Privatisierung der Altersvorsorge  
572 sind der falsche Weg. Sie nützt vor allem der Versicherungsindustrie und pumpt Kapital auf  
573 die Finanzmärkte, das nach kurzfristiger Rendite sucht. So werden Spekulationsblasen  
574 vorbereitet und gefährden die Renten. Wir wollen stattdessen das Umlageverfahren in der  
575 Rentenversicherung stärken und Altersarmut europaweit bekämpfen.
- 576 Teile der LINKEN vertreten das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens, um das Recht auf  
577 eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen von der Erwerbsarbeit zu  
578 entkoppeln. Dieses Konzept wird in der Partei kontrovers diskutiert. Diese Diskussion wollen wir  
579 weiterführen und unterstützen entsprechende Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge auf  
580 europäischer Ebene.
- 581 Alle Mitgliedstaaten sollen grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung,  
582 Energie u.a. allgemein und verpflichtend zur Verfügung stellen und für alle Menschen unabhängig vom  
583 Geldbeutel zugänglich machen.
- 584 • DIE LINKE engagiert sich für europäische Mindestnormen, die eine gleichberechtigte  
585 Grundversorgung mit Wohnraum, Wärme, Wasser, Zugang zum Internet und Energie  
586 sicherstellen. Europaweit soll es ein kostenfreies Grundkontingent für jeden Haushalt an  
587 Wärme, Wasser und Energie geben.
  - 588 • Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen – wie das Gesundheits- und Bildungssystem  
589 sowie weitere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie ÖPNV und Energie – lehnen wir  
590 ab. DIE LINKE hat die europäische Bürgerinitiative gegen die Privatisierung des Wassers  
591 unterstützt. Für uns ist die Rekommunalisierung ein wichtiger politischer Schwerpunkt.
  - 592 • Wir wenden uns gegen eine europäische Zwei-Klassen-Medizin.
  - 593 • Zwangsräumungen müssen europaweit verhindert werden.
- 594 Alle Programme und Aktivitäten der Europäischen Union – von der Neugestaltung des Urheberrechts  
595 über die Förderpolitik bis hin zum Datenschutz – müssen auf soziale Standards und gute  
596 Arbeitsbedingungen orientiert werden.
- 597 • DIE LINKE unterstützt die Jugendfreiwilligendienste, um jungen Menschen Erfahrungen im  
598 Ausland zu ermöglichen. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement darf aber nicht als  
599 Lückenbüßer für Sozialabbau und zum Ausbau des Niedriglohnsektors missbraucht werden.
  - 600 • Wir bekämpfen alle Formen der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Glaubens, von  
601 Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, ethnischen Minderheiten und von  
602 Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung im öffentlichen Dienst, in der

603 Privatwirtschaft, im Bildungsbereich, im sozialen und kulturellen Leben. Verstöße gegen die  
604 Anti-Diskriminierungs-Richtlinie der EU müssen konsequent geahndet werden.  
605 Die UN-Behindertenrechtskonvention muss in allen Mitgliedstaaten ratifiziert und wirksam umgesetzt  
606 werden. Die Teilhabe älterer Menschen und von Menschen mit Behinderungen muss durch  
607 Barrierefreiheit, eine Seniorenpolitik im Sinne der Menschen und eine europaweite  
608 Antidiskriminierungspolitik gesichert werden.

### 609 **1.3 Wirtschaft sozial und ökologisch umgestalten**

#### 610 **1.3.1 Ein Programm für die Zukunft**

611 DIE LINKE kämpft gegen eine EU, die auf den Kapitalismus als »letztes Wort der Geschichte« fixiert ist  
612 und sich an eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit ihren Verträgen kettet.

613 Die neoliberale Ausrichtung der Europäischen Union hat die Entscheidungen über Investitionen dem  
614 Markt überlassen. Ungesteuert sind sie vor allem in Anlagen mit kurzfristigen Profitversprechen  
615 gegangen. Das hat dazu geführt, dass einige Regionen kaum noch eigene Industrie haben und auf  
616 Importe zurückgeworfen sind. Die Maßnahmen zur Verbesserung der »Wettbewerbsfähigkeit«, die der  
617 Europäische Rat plant, sind kein neuer Weg, sondern vertiefen die Probleme. Wir wollen ein  
618 integriertes Konzept demokratisch kontrollierter wirtschaftlicher Zukunftsentwicklung für Europa. In  
619 einigen Regionen auch im Osten Deutschlands, sind die positiven Ergebnisse der Regionalförderung  
620 durchaus deutlich.

621 DIE LINKE strebt ein EU-weit koordiniertes Zukunftsprogramm an, das Investitionen am  
622 gesellschaftlichen Bedarf, nicht am Profit ausrichtet. Mit öffentlichem Geld müssen öffentliche  
623 Investitionen gefördert werden. Statt nationaler Konkurrenz und Standortwettbewerb brauchen wir  
624 eine aktive, staatliche Politik zur Schaffung von Produktionsschwerpunkten. Das Investitions- und  
625 Zukunftsprogramm, wie es auch der Europäische Gewerkschaftsbund vorschlägt, muss das  
626 Öffentliche stärken, Beschäftigung und Sozialstaat ausbauen und die Daseinsvorsorge im  
627 Wesentlichen öffentlich organisieren und in die Hände der Bevölkerung zurückgeben. So stärken wir  
628 auch europäische, regionale und kommunale Demokratie in ihren sozialen Grundlagen.

629 Das Investitionsprogramm soll:

- 630 • die Infrastruktur durch öffentliche Investitionen verbessern;
- 631 • sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und Klimaschutz voranbringen;
- 632 • das Bildungssystem verbessern, vom Vorschulbereich bis zu den Hochschulen;
- 633 • Wohnmöglichkeiten für junge Menschen verbessern und bezahlbar machen;
- 634 • bessere Chancen für junge Menschen am Arbeitsmarkt schaffen;
- 635 • die Lebenschancen von Menschen unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund  
636 verbessern und Menschen mit Migrationshintergrund eine bessere gesellschaftliche Teilhabe  
637 ermöglichen;
- 638 • Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung vermindern. Damit wird auch der  
639 soziale Zusammenhalt gestärkt.

640 Wir brauchen demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte oder auch Public-Equity-  
641 Fonds, die den Strukturwandel ökologisch und sozialverträglich gestalten können.

- 642 • Mit der Europäischen Linken schlagen wir einen Fonds für soziale, solidarische und  
643 ökologische Entwicklung vor. Er soll vor allem öffentliche und soziale Dienstleistungen  
644 fördern.

645 Der Fonds muss wie die Investitionsprogramme demokratisch gesteuert werden. Dabei spielen  
646 Parlamente, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige Rolle. In unserem  
647 Konzept einer aktiven Wirtschaftspolitik bilden öffentliche Investitionen den Kern. Wir verbinden sie  
648 mit einer Industrie- und Strukturpolitik, die Demokratie in der Wirtschaft voran bringt.

- 649 • Die Finanzierung des Zukunftsprogramms soll ermöglicht werden aus bereits bestehenden  
650 Förderprogrammen und einer höheren Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen in  
651 den EU-Staaten.

652 DIE LINKE lehnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA [TTIP] ab. Das TTIP  
653 nutzt den großen Banken und Konzernen nicht der europäischen Binnenwirtschaft. Konzernen wird ein  
654 Klagerecht gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt  
655 (Investitionsschiedsgerichtsbarkeit). Es droht, dass der Finanzsektor weiter dereguliert wird,  
656 öffentliche Dienstleistungen privatisiert sowie Monopolisten im Bereich des geistigen Eigentums  
657 gestärkt werden. Das TTIP wird den europäischen Markt mit Biokraftstoffen, Gentechnik-  
658 Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen. Selbst die unzureichende EU-  
659 Chemikalienverordnung REACH sowie die ohnehin laxen Euro-Norm für Abgas-Emissionen stehen in  
660 Frage. Schutz und Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO-Konvention würden gefährdet. Wir  
661 fordern, dass die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit aus allen Handelsabkommen gestrichen wird.  
662 Deshalb werden wir Initiativen – innerhalb und außerhalb der Parlamente – organisieren und  
663 unterstützen, um die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zu stoppen.

#### 664 **Für eine solidarische Regional- und Strukturpolitik**

665 Die Europäische Union muss die Regionen mit gravierendem Entwicklungsrückstand stärken und  
666 zugleich die Stabilität in allen anderen Regionen stützen – dies ist unser Grundansatz für die Regional-  
667 und Strukturpolitik der EU. In der Vergangenheit konnten durch die Regionalpolitik der EU  
668 wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen Mitgliedstaaten und Regionen der Europäischen  
669 Union maßgeblich verringert werden. Mit der 2014 beginnenden siebenjährigen EU-Förderperiode soll  
670 die Vergabe dieser Fördermittel nun mit neoliberalen Politikinstrumenten vermischt werden. Die  
671 Kohäsionspolitik wird der EU-Strategie »Europa 2020« untergeordnet. Die Strukturfonds werden  
672 als Erpressungs- und Bedrohungsinstrument missbraucht, um Märkte zu öffnen oder Sozialausgaben  
673 zu kürzen. Hinzu kommt, dass ausgerechnet in der Zeit von Krisen und zusammenbrechenden  
674 Sozialstaaten die Mittel der Kohäsionspolitik gekürzt, Fördermittel zugunsten der reicheren  
675 Mitgliedstaaten umverteilt werden und der Fokus künftig weniger auf den ärmeren Ländern liegen soll.  
676 DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren in Übereinstimmung mit zivilgesellschaftlichen,  
677 staatlichen und kommunalen Akteuren gegen diese Neuausrichtung gewehrt. Dabei wurde manches  
678 erreicht, die Grundrichtung konnte aber nicht verändert werden. Der Kampf für eine solidarische  
679 Regional- und Strukturpolitik der EU muss weitergehen. Grundprämissen sind für uns weiterhin:

- 680 • Die Vergabe von EU-Fördermitteln darf nicht länger an die europäischen  
681 Verschuldungskriterien gebunden werden. Dass die Mitgliedstaaten und Regionen erst  
682 strukturelle oder institutionelle Reformen umsetzen müssen, ehe sie Fördermittel aus Brüssel  
683 bekommen, bringt nicht nur große Unsicherheit für die Träger von geförderten Maßnahmen;  
684 sie nimmt die Regionen und Kommunen für die Politik des eigenen Staates in Haftung, die sie  
685 nicht beeinflussen können.
- 686 • Wie die Regional- und Strukturpolitik thematisch ausgerichtet ist, soll auch künftig vor allem  
687 auf der regionalen Ebene bestimmt werden. Hier können am besten vorhandene  
688 Entwicklungspotenziale erschlossen und lokale und regionale Akteure aktiviert werden. Die  
689 demokratische Mitwirkung kann gestärkt werden, indem Vertreter der Zivilgesellschaft sowie

- 690 regionale und lokale Akteure noch stärker in alle Phasen der Planung und Umsetzung der  
 691 Programme einbezogen werden.
- 692 • Ein großer Vorzug der bisherigen Kohäsionspolitik ist, dass integrierte Lösungen für regionale  
 693 und kommunale Probleme gefunden werden können: Für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit,  
 694 Armut und Ausgrenzung, für den Umbau von Wirtschaftsstrukturen, gegen die Entvölkerung  
 695 ganzer Regionen, für die Probleme städtischer Ballungsräume oder die Unterstützung des  
 696 notwendigen Zusammenwachsens von Regionen an der ehemaligen EU-Außengrenze. Dieses  
 697 Prinzip wollen wir stärken!
  - 698 • Die EU muss mehr tun, damit die Fördermittel in allen Ländern abgerufen und für die  
 699 Entwicklung der Länder und Regionen eingesetzt werden können. Wir wollen Twinning-  
 700 Projekte einsetzen, mit denen erfahrenes Verwaltungspersonal, etwa aus Deutschland, zur  
 701 Unterstützung und Qualifizierung in weniger erfahrene Länder entsandt wird. Sie ermöglichen  
 702 zudem bilaterale Kooperationen und helfen, die Kommunikation in Richtung Brüssel  
 703 aufzubauen.

704 Und schließlich bleibt unsere Forderung: Gerade in Zeiten der Krise müssen die Mittel der Regional-  
 705 und Strukturpolitik aufgestockt werden. Für die Finanzierung einer quantitativ und qualitativ  
 706 erweiterten Kohäsionspolitik hat DIE LINKE Konzepte vorgelegt.

### 707 **Verbraucherinnen und Verbraucher stärken**

708 Selbstregulierungen der Wirtschaft sind oft Selbstbetrug. Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen  
 709 und Verbraucher in Europa stärken, indem klare gesetzliche Vorgaben und Regulierungen gegenüber  
 710 den Unternehmen und eine öffentliche Kontrolle der Märkte durchgesetzt werden: sichere  
 711 Lebensmittel, Telekommunikation und Internet, Finanzdienstleistungen, bezahlbare Wohnungen, die  
 712 Versorgung mit Wasser und Energie bis zu einem kundenfreundlichen öffentlichen Nah- und  
 713 Fernverkehr.

- 714 • Nährwerte sollen auf Lebensmitteln klar gekennzeichnet werden (Ampel).
- 715 • Wir wollen einen »Reisepass« für Lebensmittel – einen Nachweis der Produktions- und  
 716 Transportwege. Die Herkunft von allen Zutaten muss ausgewiesen werden.
- 717 • Eine regionale Vermarktung von Lebensmitteln, die die Herkunft der Lebensmittel transparent  
 718 macht und unnötige Transportwege spart, soll aus besonderen EU-Förderprogrammen  
 719 unterstützt werden.
- 720 • Gentechnisch veränderter Produkte sollen lückenlos gekennzeichnet und schließlich verboten  
 721 werden.

### 722 **1.3.2 Ändern, was wir wie produzieren: Konversion und sozial-ökologischer Umbau**

723 Die Wirtschaft in der Europäischen Union setzt nach wie vor im Wesentlichen auf Wachstum und den  
 724 Verbrauch fossiler Brennstoffe. Die Orientierung auf globale Wettbewerbsfähigkeit führt zu einem  
 725 Dumping bei Sozial- und Umweltstandards in weltweitem Maßstab und steht damit sogar im  
 726 Widerspruch zu den Bemühungen der EU-Umweltpolitik. Die Kluft zwischen dem globalen Süden und  
 727 dem globalen Norden wächst. Soziale Gerechtigkeit, ökologisches Wirtschaften und ein gutes Leben  
 728 sind miteinander verbunden: Ein ökologischer Umbau der Produktion und alternative Konsumtion  
 729 werden sich nur dann in der Gesellschaft durchsetzen, wenn sie gleichzeitig zu mehr sozialer  
 730 Gleichheit führen.

731 Dafür muss die Wirtschaft demokratisch gestaltet werden: Im Betrieb durch mehr direkte  
 732 Mitbestimmung von unten, in der Gesellschaft insgesamt durch eine Politik der stärkeren sozialen,

733 finanziellen und ökologischen Regulierung. Nur unter den richtigen Rahmenbedingungen können sich  
734 gute Arbeit, soziale und ökologische Ideen in den Betrieben durchsetzen. Wir wollen Weichen für die  
735 Zukunft stellen: was wir wie produzieren, muss demokratisch ausgehandelt werden und tragfähig für  
736 Natur und Menschen sein. Wir müssen die Energieversorgung umbauen und umweltverträgliche, für  
737 alle zugängliche Formen von Mobilität entwickeln. Wir wollen Alternativen zur Rüstungsproduktion und  
738 zu Produktionszweigen, die die natürlichen Lebensgrundlagen schädigen, schaffen. Dabei sollen auch  
739 die Arbeitsplätze umgewandelt und gesichert werden.

740 Bestandteile einer solchen sozial gerechten, ökologischen Umgestaltung sind:

#### 741 **1. Eine sozial gestaltete Energiewende**

742 Der beste Weg, Umweltschäden durch die Energieerzeugung zu vermeiden, ist Energie zu sparen.  
743 Deswegen setzen wir uns dafür ein, energieeffiziente Technologien zu fördern. Die  
744 Energieeffizienzrichtlinie und ihre ordnungspolitischen Vorgaben für die Wirtschaft zum Einsparen von  
745 Energie müssen verschärft werden.

746 Wir wollen eine europaweite Energiewende, die auf nachhaltige Energiequellen setzt und  
747 Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sieht – und deshalb öffentlich organisiert  
748 ist. Die herrschende EU-Wettbewerbspolitik will alle öffentlichen Dienstleistungen, auch die  
749 Versorgung mit Energie, den europäischen Binnenmarktregeln unterwerfen. Europas Konzerne sollen  
750 mit Dienstleistungen im öffentlichen Sektor (z.B. Energie, Wasser, Gesundheit, Öffentlicher Verkehr)  
751 Profite machen können.

- 752 • DIE LINKE kämpft für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die europäische  
753 Vertragsgemeinschaft EURATOM muss gekündigt und aufgelöst werden.
- 754 • Erneuerbare Energien sollen im Rahmen europäischer Zielsetzungen weiterhin nach nationalen  
755 Vorgaben, wie etwa dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, gefördert, die Nutzung fossiler  
756 Energiequellen entsprechend zurückgefahren werden. Der Anteil an erneuerbaren Energien  
757 am EU-Energieverbrauch soll im Jahr 2020 25 Prozent betragen. Die Produktion von  
758 erneuerbaren Energien, insbesondere Agroenergien, muss Nachhaltigkeitskriterien genügen.  
759 Für Letztere dürfen die Zielsetzungen nur so hoch sein, wie innereuropäische Flächen dafür  
760 zur Verfügung stehen ohne Nahrungsmittelversorgung und Biodiversität zu gefährden. Importe  
761 von Agrokraft- und -treibstoffen aus dem globalen Süden lehnen wir ab.
- 762 • Wir sind gegen die unterirdische und unterseeische Speicherung von als Abgas anfallendem  
763 Kohlendioxid (CCS). Ebenso lehnen wir die durch Verpressung von Flüssigkeiten unterstützte  
764 Förderung von Erdöl und Erdgas (Fracking) ab.

765 Die vorübergehenden Mehrkosten der Energiewende dürfen nicht einseitig auf den Schultern von  
766 privaten Verbraucherinnen und Verbrauchern abgeladen werden. Energie darf für  
767 einkommensschwache Haushalte nicht zum Luxusgut werden. Die Versorgung mit Energie muss für  
768 jede und jeden gesichert sein. Privilegien für Industriebetriebe bei der Übernahme der  
769 Energiewendekosten müssen deutlich reduziert werden.

770 Daher wollen wir die Privatisierung der Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge  
771 stoppen und rückgängig machen. Wir wollen eine verbrauchernahe, dezentrale Energieerzeugung  
772 fördern und die Macht der großen Stromversorger beschneiden. Dazu müssen europäische, Bundes-  
773 und Landesebene zusammenwirken. Regionale Energiepolitik, wie sie DIE LINKE in Thüringen mit der  
774 »Energierevolution« entwickelt hat, überwindet die angeblichen Gegensätze des Sozialen und des  
775 Ökologischen, von Effizienz und Demokratie, von modernster Technik und Bürgerbeteiligung.

## 776 **2. Eine wirksame Klimaschutzpolitik**

777 DIE LINKE setzt sich für drei verbindliche, aufeinander abgestimmte Ziele der Energie- und  
778 Klimaschutzpolitik ein:

- 779 • Minderung des Ausstoßes an Klimagasen in der EU gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020,  
780 um 60 Prozent bis 2030 und um 95 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts
- 781 • Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf ein Viertel bis  
782 2020, 45 Prozent bis 2030 und 100 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts
- 783 • Reduzierung des Primärenergieverbrauches gegenüber dem Jahr 2000 um ein Fünftel bis  
784 2020, um 40 Prozent bis 2030 und 60 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts

785 Der Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU versagt. An seine Stelle müssen  
786 ordnungsrechtliche Eingriffe in die Energiewirtschaft treten, wie etwa nationale  
787 Kohleausstiegsgesetze, die einen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgeben. In der bereits  
788 laufenden Emissionshandelsperiode (2013 bis 2020) sollen zudem zwei Milliarden Tonnen  
789 Emissionsrechte endgültig stillgelegt und die hohen Mitnahmepfote durch die freie Zuteilung von  
790 Emissionszertifikaten für energieintensive Industrien beendet werden. Unternehmen müssen  
791 verpflichtet werden, Emissionen von Klimagasen dort zu reduzieren, wo sie entstehen. Die Anrechnung  
792 von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt ist auszuschließen. Der Minderungspfad im  
793 Emissionshandel ist an die neuen Klimaschutzziele anzupassen.

## 794 **3. Eine Verkehrspolitik, die Mobilität fördert und Verkehr vermeidet**

795 Teil der Lissabon-Strategie ist der Ausbau von bestimmter Infrastruktur: Schnellbahnnetz, billige  
796 Flugverbindungen. Wir brauchen dringend andere verkehrspolitische Maßstäbe: Nachhaltigkeit,  
797 verbesserte soziale Standards, eine Transportlogistik, die sich am Bedarf orientiert – und kurze Wege.

798 Dezentrale Produktion vermindert Transportwege. Ein zuverlässiger öffentlicher Personenverkehr  
799 verringert den Individualverkehr. Schienenverkehr muss Vorrang vor Straßenverkehr haben.

- 800 • DIE LINKE fordert eine Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Personen- und Nutzfahrzeuge  
801 sowie ein Importverbot für Agrosprit.
- 802 • Im Flug- und Schiffsverkehr setzen wir uns für eine europaweite Abgabe auf fossile Kraftstoffe  
803 ein.

804 Wir wollen, dass in europäischen Kommunen Modelle entwickelt werden, in denen kostenfreier  
805 öffentlicher Nahverkehr mit autofreien Zonen verbunden wird.

## 806 **4. Eine verantwortungsvolle Land- und Forstwirtschaftspolitik**

807 Die Landwirtschaft ist wie kaum ein anderer Bereich durch die politischen Rahmenbedingungen der  
808 europäischen Agrarpolitik beeinflusst. Die landwirtschaftliche Erzeugung wird immer stärker  
809 liberalisiert und »zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit« globalen Agrarmärkten ausgeliefert.  
810 Industrielle Formen der Agrarerzeugung nehmen zu und erzeugen einen enormen Druck auf die  
811 herkömmlichen Strukturen der Landwirtschaft. Der so genannte Strukturwandel vermindert die Zahl  
812 der Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Die biologische Vielfalt und nachhaltige Bewirtschaftung  
813 der natürlichen Lebensgrundlagen und der Beitrag der Landwirtschaft zum Erhalt der Lebensfähigkeit  
814 ländlich geprägter Regionen wird so bedroht.

815 DIE LINKE will die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), von der maßgeblich die Ernährungsbedingungen für  
816 die 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU bestimmt werden, unter Berücksichtigung der  
817 weltweiten Probleme - Armut, Hunger, Ressourcenknappheit und Klimawandel - zu einer aktiven  
818 zukunftsorientierten Politik weiterentwickeln. Sie muss zur Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und  
819 ökologischen Probleme und verbesserter Teilhabe der Menschen innerhalb und außerhalb der EU  
820 beitragen.

- 821 • DIE LINKE will die Gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturfonds zu Politikinstrumenten so  
822 umbauen, dass soziale und ökologische Standards in der ganzen EU umgesetzt werden.
- 823 • Wir setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die auf eine deutliche Erhöhung des Anteils regional  
824 erzeugter und verbrauchter Produkte gerichtet ist.
- 825 • Gentechnik in der Landwirtschaft und Patente auf Pflanzen, Tiere und anderes Leben lehnen  
826 wir ab. Wir fordern, dass das uneingeschränkte Recht auf freien Nachbau des Saatgutes  
827 wiederhergestellt wird. Die Macht transnationaler Konzerne wie Monsanto muss gebrochen  
828 werden.
- 829 • Wir wollen faire internationale Handelsbeziehungen für nachhaltig produzierte Agrarprodukte  
830 und Rohstoffe.
- 831 • Der Verkauf bzw. die Überlassung großer Landflächen an wenige Konzerne zerstört die  
832 Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung und führt zu Hunger, Vertreibung und  
833 Flucht. DIE LINKE fordert, dass Landgrabbing weltweit verboten und geächtet wird!
- 834 • Futtermittelimporte in die EU sollen reduziert werden. Regionale Kreisläufe in der  
835 Landwirtschaft wollen wir fördern.
- 836 • Wir setzen uns für eine europäische Waldkonvention und für eine stärkere Bekämpfung des  
837 illegalen Holzhandels ein.

838 Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten, Sozialversicherungspflicht für Angestellte, arbeitende  
839 Familienangehörige und Saisonarbeitskräfte sowie die Anrechnung der Arbeitskosten bei  
840 Großbetrieben sollen überprüfbare Voraussetzungen für die Zahlung von Prämien aus dem Agrar-Etat  
841 der EU werden.

## 842 **5. Eine schonende Fischereipolitik und einen nachhaltigen Schutz der Meere**

843 Die Probleme der Fischerei sind ökologisch, sozial und wirtschaftlich. Die Gemeinsame Fischereipolitik  
844 muss so ausgerichtet werden, dass nicht mehr Fisch gefangen wird als nachwachsen kann.

- 845 • Wir streiten für die Einrichtung großflächiger Meeresschutzgebiete, in denen Müllentsorgung  
846 oder Ressourcenentnahme ausgeschlossen sind.
- 847 • Die Belastung der Meere durch Stoffe aus der Landwirtschaft und der Industrie muss  
848 drastisch gemindert werden.
- 849 • Um die Überfischung zu stoppen, setzt sich DIE LINKE für das Verbot der  
850 Grundsleppnetzfischerei, die Minderung des Beifangs und ein Rückwurf-Verbot ein.
- 851 • Fischereisubventionen müssen an ressourcen- und umweltschonende Fangmethoden  
852 gekoppelt werden. Die EU-Fischfangflotte muss verkleinert werden. Die notwendigen  
853 Fangreduzierungen dürfen nicht auf Kosten der in der Fischerei Beschäftigten gehen.
- 854 • Die Immissionsschutzbestimmungen für Wasserfahrzeuge müssen verschärft werden.

**855 6. Erhaltung und Förderung der Artenvielfalt und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen**

856 Wir wollen die natürliche Vielfalt der Tierarten schützen, auch die Vielfalt an Kulturpflanzen und  
857 Nutztierassen wollen wir erhalten. Das Schutzgebietsnetz »Natura 2000« muss auf dem Land und im  
858 Meer ausgeweitet werden.

- 859 • Wir setzen uns für den Erlass einer EU-Bodenschutz-Verordnung ein, um so die natürlichen  
860 Lebensgrundlagen zu schützen.
- 861 • Wir streiten für eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Nicht das  
862 Einbetonieren von Gewässern, sondern Auenschutz und Renaturierung schaffen lebendige  
863 Flüsse und gesundes Grundwasser. Schad- und Nährstoffeinträge müssen minimiert werden.

**864 7. Für einen wirksamen Tierschutz**

865 Die Initiativen zum Tierschutz in der EU reichen nicht aus: noch immer gibt es Tierversuche (10,7  
866 Millionen auf EU-Ebene, 2,1 Millionen in Deutschland) und nicht artgerechte Tierhaltung. Importe  
867 von Produkten aus tierquälerischer Haltung oder von aus der Natur entnommenen Wildtieren  
868 dauern an. Ausschlaggebend dafür sind wirtschaftliche Interessen: Hühner in Käfigbatterien sind  
869 billiger als Hühner in Freilandhaltung, wilde Graupapageien sind billiger als gezüchtete Tiere und  
870 Meeressäuger in Delfinarien versprechen kräftige Gewinne für die Betreiber. Die tatsächlichen  
871 Schäden an Natur und Umwelt sind in keiner Rechnung aufgelistet.

- 872 • DIE LINKE setzt sich für verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein.
- 873 • Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Stattdessen müssen Alternativen  
874 erforscht werden. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und  
875 Transportbedingungen für Nutztiere und die Stärkung regionaler Vermarktungskreisläufe. Die  
876 industrielle Tierhaltung muss schrittweise durch umwelt- und ressourcenschonende  
877 Haltungsformen ersetzt werden.
- 878 • DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel auf Nahrungsmitteln ein.
- 879 • Tierschutzverbände sollen in der EU ein Verbandsklagerecht erhalten.

## 880 2. Demokratisches Europa

### 881 2.1. Soziale und politische Rechte verteidigen

882 *»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es*  
 883 *dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da*  
 884 *beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«*  
 885 *(Jean-Claude Juncker, ehemaliger Vorsitzender der Euro-Gruppe)*

886 Würde die Europäische Union um die Aufnahme in die Europäische Union ersuchen, würde sie  
 887 abgelehnt, weil sie nicht die nötigen Demokratiestandards vorweist. Diese ohnehin niedrigen  
 888 Standards werden in der Wirtschaftskrise immer weiter ausgehöhlt. Die Troika setzt die  
 889 Kürzungspolitik auch gegen Widerstände von gewählten Vertreterinnen und Vertreter durch, ohne ein  
 890 demokratisches Mandat zu haben. Die einzig direkt gewählte Institution der Europäischen Union, das  
 891 Europäische Parlament, hat keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen. Die Kürzungsprogramme höhnen  
 892 demokratische Institutionen wie Wahlen, Parlamente, das nationale Haushaltsrecht und Regierungen  
 893 aus.

894 Die Bundesregierung plant, die bestehenden demokratischen Kontrollmöglichkeiten einzuschränken.  
 895 Sie will der Europäischen Kommission haushaltspolitische Interventionsrechte gegenüber allen Euro-  
 896 Staaten gewähren, der EU-Währungskommissar soll mit mehr Kompetenzen zur Umsetzung des  
 897 Fiskalpaktes ausgestattet werden. Zusammen mit anderen Mitgliedstaaten will sie – weitgehend  
 898 unkontrolliert von nationalen Parlamenten und Europaparlament – die eigene Macht und die der von  
 899 ihr vertretenen wirtschaftlichen Lobbygruppen ausbauen.

900 Wir wollen die Europäische Union demokratisieren. Wir wollen eine Europäische Union mit einem  
 901 starken Europäischen Parlament und mit mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger.  
 902 DIE LINKE kämpft für ein Europäisches Parlament, das

- 903 • endlich gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat entscheidet;
- 904 • ein eigenständiges Initiativrecht für Gesetzgebungsvorhaben erhält;
- 905 • generell erweiterte Rechte bekommt. Sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der  
 906 Europäischen Union überführt wird, muss das Parlament ein Mitentscheidungsrecht erhalten.  
 907 Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche ist dies nachzuholen;
- 908 • die Europäische Kommission und deren Präsidenten wählt.

909 Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten  
 910 Entscheidungsprozessen. Die Verteilung der Kompetenzen ist so zu regeln, dass die dezentralen  
 911 Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union  
 912 zugleich gestärkt werden. Dabei sind Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der nationalstaatlichen  
 913 und regionalen Parlamente eindeutig zu klären.

914 Demokratie bedeutet aber mehr, als alle vier oder fünf Jahre Wahlen abzuhalten. Demokratie  
 915 bedeutet, dass alle Menschen in der Europäischen Union an den Entscheidungen auf EU-Ebene  
 916 beteiligt werden, die für sie bindend sind. Deshalb müssen endlich Formen der direkten Demokratie  
 917 auf EU-Ebene etabliert werden die bürgerfreundlich und wirksam zugleich sind: Wir wollen, dass

- 918 • Bürgerinnen und Bürger in der EU das Recht erhalten, über Volksentscheide konkrete EU-  
 919 Politik mitzugestalten;
- 920 • die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU mittels Volksentscheid am gleichen Tag über  
 921 die Änderung der EU-Verträge entscheiden können.

- 922 • die Bestimmungen zum Wahlrecht und das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt für alle  
923 gelten, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben.

## 924 **2.2 Die Lobby von Unternehmen, Banken und Vermögenden zurückdrängen**

925 Auf einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete des Europäischen Parlaments kommen über 20  
926 Lobbyisten, die im Regelfall die Interessen der großen Konzerne und Unternehmensverbände  
927 vertreten. Gerade einmal ein Fünftel setzt sich für breite gesellschaftliche Interessen wie Menschen-  
928 und Arbeitsrechte, Umwelt-, Klima-, und Verbraucherschutz, für die Interessen alleinerziehender  
929 Mütter, Minderheiten oder chronisch Kranker ein – und sie verfügen über sehr viel  
930 geringere Ressourcen als die Wirtschaftslobbyisten.

931 Die weltweite Deregulierung der Finanzmärkte wurde von mächtigen Lobbyisten vorangetrieben und  
932 bedroht zunehmend die Demokratie. Die herrschende politische Klasse hat auf weite Teile ihres  
933 Handlungsspielraums verzichtet und ihre Kompetenzen an Lobbygruppen abgegeben. Der wichtigste  
934 Dauerberater der Bundesregierung in der Wirtschaftskrise war Goldman Sachs. Ihr Vertreter traf sich  
935 seit Beginn der Finanzkrise 48-mal mit Vertretern der Bundesregierung. Vorsitzender dieser US-  
936 Investmentbank ist der ehemalige EU-Kommissar Peter Sutherland. Von Goldman Sachs wechselte  
937 Mario Draghi umgekehrt zur Europäischen Zentralbank EZB und wurde deren Präsident. Der  
938 gegenseitige Wechsel von Bankern in die Politik ist ein Ausdruck davon, dass die Interessen der  
939 Banken zunehmend Einfluss auf die Politik haben. Gerade die Bundesregierung verhindert aber  
940 wirksame Schritte gegen den Lobbyismus.

- 941 • Wir fordern die Ratifizierung der internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung des  
942 Lobbyismus.
- 943 • DIE LINKE fordert eine strikte Wartezeit von fünf Jahren für Mitglieder der Europäischen  
944 Kommissionen (EU-Kommissare), Bundesministerinnen und Bundesminister, parlamentarische  
945 Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie entsprechende hohe Beamtinnen und Beamte,  
946 die nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt in Unternehmen wechseln, mit deren  
947 wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren. Eine solche Wartezeit muss auch  
948 für Vertreter der Wirtschaft gelten, die in den Institutionen beschäftigt werden sollen.
- 949 • Es muss offengelegt werden, wo Lobbyisten in den Expertengruppen sitzen. Ihr Einfluss auf  
950 die Europäische Kommission muss zurückgedrängt werden.
- 951 • Die Nebenverdienste von Abgeordneten sind auf Euro und Cent zu veröffentlichen.  
952 Unternehmensspenden an Parteien sowie das Parteiensponsoring, wie zum Beispiel  
953 Unternehmensstände auf Parteitag, wollen wir verbieten und Spenden von Privatpersonen  
954 auf 25.000 Euro begrenzen.
- 955 • Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein  
956 Beschäftigungsverbot von Lobbyisten aus der Wirtschaft in der Europäischen Kommission und  
957 von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.

## 958 **2.3 Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für Jede und Jeden**

959 Wir wollen, dass Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert sind und die Bekämpfung von  
960 Kriminalität nicht zu Lasten der Grund- und Menschenrechte geht. Die EU muss sich zum Prinzip der  
961 Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär bekennen. Das Grundrecht  
962 auf Asyl muss garantiert werden.

963 Menschenrechte sind universell und unteilbar. Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen,  
 964 kulturellen und ökologischen – müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten, also  
 965 auch für alle Menschen in Europa.

- 966 • Im europäischen Haftbefehl und der europäischen Ermittlungsanordnung muss das Recht auf  
 967 einen Anwalt und Übersetzer gesichert werden.
- 968 • Die Reisefreiheit muss innerhalb Europas für alle gelten.
- 969 • Wir erkennen die Vielfältigkeit von Familienformen und Lebensweisen an; sie sollen in jedem  
 970 Land der Europäischen Union mit den gleichen Rechten geschützt werden.

#### 971 **2.4 Geheimdienste auflösen und Datenschutz garantieren**

972 Geheimdienste stärken die Demokratie nicht, sondern gefährden sie: Das beweisen erneut die  
 973 Abhörskandale. Wir wollen Geheimdienste abschaffen, die Einschränkung der Bürgerrechte im Namen  
 974 des sogenannten Anti-Terror-Krieges zurücknehmen und damit die Demokratie schützen.

975 Wir wollen, dass sich die deutsche und europäische Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik an anderen  
 976 Maßgaben orientiert: Ziel muss die persönliche und individuelle Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger  
 977 sein. Die Bürgerrechte dürfen nicht weiter ausgehöhlt werden.

- 978 • Wir fordern ein Kooperationsverbot von Geheimdiensten und Polizei auf europäischer und  
 979 nationaler Ebene; geheime Verträge und Zusatzartikel müssen offen gelegt werden.
- 980 • Die deutschen und europäischen Datenschutzbeauftragten müssen als unabhängige  
 981 Kontrollinstanz gestärkt werden.
- 982 • Whistleblower müssen gesetzlich und vor Auslieferung geschützt werden.
- 983 • Die Sammlung und Speicherung von Daten muss beschränkt werden! Europol sammelt nicht  
 984 nur kriminaltechnisch notwendige Daten von Verurteilten und Verdächtigen, sondern auch  
 985 Informationen zu Kontakt- und Begleitpersonen, Lebensweisen und Gewohnheiten,  
 986 »rassische« oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche  
 987 Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit, die nicht erhoben werden dürfen.
- 988 • Abhörmaßnahmen, seien sie von privaten Unternehmen, staatlichen Vertretungen Konsulate,  
 989 Botschaften oder militärischen Einrichtungen unternommen worden, müssen beendet und  
 990 entsprechende Horchposten in Europa geschlossen werden. Wir machen uns für die  
 991 Abschaffung von Geheimdiensten stark.
- 992 • Die geplante Datenschutz-Grundverordnung der EU muss gegen alle Einflussnahme privater  
 993 und öffentlicher Lobbyisten den Datenschutz stärken.

994 Der so genannte »Krieg gegen den Terror« hat die Türen für eine globale Überwachung geöffnet. Als  
 995 Sofortprogramm fordert DIE LINKE ein Moratorium und die unabhängige Evaluation aller seit 2001  
 996 verabschiedeten Sicherheitsgesetze bzw. laufender Verhandlungen dazu. Das betrifft besonders die  
 997 Abkommen der EU mit den USA:

- 998 • über den Austausch von Bankdaten (SWIFT),
- 999 • über den Austausch von Fluggastdaten (PNR)
- 1000 • über die Weitergabe personenbezogener Daten aus der EU an Wirtschaftsunternehmen der  
 1001 USA (Safe-Harbor).

1002 Wir wollen Freiheit im Internet sicherstellen. Dazu gehört die Neutralität des Netzes. Sie darf nicht  
 1003 dem Markt überlassen werden, sondern muss gesetzlich festgeschrieben werden.

1004 Wir wollen die Netzwerkkapazitäten ausbauen. Die entsprechenden EU-Richtlinien müssen so  
 1005 verändert werden, dass gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher oder kommunaler Netzausbau  
 1006 erleichtert wird. Die Privatisierung in diesem Bereich wollen wir zurückdrängen.

## 1007 **2.5 Gleiche Rechte für Sinti und Roma**

1008 Sinti und Roma sind die größte ethnische Minderheit in der EU – dennoch werden sie in vielen Ländern  
 1009 der Europäischen Union diskriminiert. Ihre Diskriminierung muss als Rassismus verstanden und die  
 1010 mangelnde Umsetzung der EU-Beschlüsse mit erheblichen Strafen für die entsprechenden Länder  
 1011 geahndet werden. Eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, des Bildungs- und Gesundheitswesens  
 1012 sowie die Förderung der Beschäftigung für Sinti und Roma ist nötig.

- 1013 • Wir wollen die Selbstorganisation und die öffentliche Unterstützung der Sinti und Roma  
 1014 fördern.
- 1015 • Wir brauchen kostenlose und diskriminierungsfreie Bildungs- und Ausbildungsangebote.  
 1016 Kinder dürfen nicht in Sonderschulen abgeschoben werden. Die vielfältige Kultur, die  
 1017 Traditionen und Sprache müssen durch die Bereitstellung von EU-Mitteln gefördert werden.
- 1018 • Selbstverständlich stehen Sinti und Roma die Freizügigkeit innerhalb der EU zu,  
 1019 diskriminierende Sondervereinbarungen sind unzulässig.
- 1020 • Der Völkermord an den Sinti und Roma während des Faschismus muss endlich anerkannt  
 1021 werden. Die Überlebenden haben ein Recht auf Entschädigungszahlungen.

## 1022 **2.6 Dem Rassismus entgegenzutreten: gegen Rechtspopulismus und Neofaschismus in Europa**

1023 Parteien der extremen Rechten sind in zahlreichen europäischen Ländern zu einem bedrohlichen  
 1024 Faktor der Politik geworden. In Deutschland versucht die »Alternative für Deutschland« Kapital aus der  
 1025 Unzufriedenheit mit der Krisenpolitik der Bundesregierung zu schlagen. Sie bedient und befördert  
 1026 nationalistische und sozialchauvinistische Tendenzen. Gleichzeitig stärkt sie wirtschaftsliberale und  
 1027 demokratiefeindliche Positionen.

1028 Die diskriminierenden Positionen der rechten Parteien wurzeln tief in der Mitte der Gesellschaft, sie  
 1029 finden ihren Nährboden in der desaströsen Politik der Herrschenden – die zu sozialer Ausgrenzung  
 1030 führt, die Konkurrenz verschärft und nationalistische Vorurteile schürt. Seit dem 11. September 2001  
 1031 werden Menschen muslimischen Glaubens oftmals unter den Generalverdacht terroristischer  
 1032 Umtriebe gestellt. Wir suchen den Dialog mit muslimischen und jüdischen Gemeinden und Vereinen  
 1033 und stellen uns gemeinsam gegen antimuslimischen Rassismus und Antisemitismus.

1034 Es gibt europäische Richtlinien, Verordnungen und behördliches Handeln, die Diskriminierung  
 1035 legitimieren: Die vor allem auf Abschreckung und Abwehr ausgerichtete europäische Flüchtlingspolitik  
 1036 bestärkt Ideologien der Ungleichheit, wie sie von den rechten Parteien vertreten werden. Während die  
 1037 rechten Parteien Menschen unterschiedlicher Herkunft gegeneinander aufbringen wollen, steht DIE  
 1038 LINKE für internationale Solidarität und den gemeinsamen Kampf gegen die Krisenpolitik der  
 1039 europäischen Regierungen.

1040 DIE LINKE kämpft gegen Ungleichheitsideologien, gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus,  
 1041 Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit und Neofaschismus.

- 1042 • DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen  
 1043 Rassismus und Intoleranz (ECRI) in den Mitgliedstaaten der Union tatsächlich umgesetzt  
 1044 werden.

## 1045 **2.7 Bildung für ein anderes Europa**

1046 Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Sie muss allen Menschen offen stehen – unabhängig  
 1047 von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft. Wir wehren uns dagegen, Bildung auf ihre Verwertbarkeit  
 1048 für den ökonomischen Profit zu reduzieren. Die EU hat in den vergangenen Jahren die  
 1049 »Beschäftigungsfähigkeit« der Absolventinnen und Absolventen in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik  
 1050 gestellt. Mit »lebenslangem Lernen« wurde vor allem die Aufforderung verknüpft, dass die  
 1051 Beschäftigten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten möglichst flexibel dem sich wandelnden europäischen  
 1052 Arbeitsmarkt anpassen sollen.

1053 Ein demokratisches Europa dagegen braucht gute und demokratische Bildungssysteme. Die  
 1054 Abschaffung der seit 2005 eingeführten Studiengebühren durch die Studierendenbewegung, in  
 1055 einigen Bundesländern auch auf Druck unserer Landtagsfraktionen, war ein Erfolg. DIE LINKE tritt für  
 1056 ein Umsteuern in der europäischen Bildungspolitik ein. Die schrittweise Privatisierung von  
 1057 Bildungseinrichtungen muss gestoppt werden. Es darf nicht nur darum gehen, eine kleine europäische  
 1058 Bildungselite herauszubilden.

- 1059 • DIE LINKE tritt gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein. Public Private Partnerships in  
 1060 Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor und gefährden demokratische  
 1061 Mitbestimmung in den Bildungseinrichtungen.
- 1062 • Die Dienstleistungsrichtlinie der EU erhöht den Privatisierungsdruck auf die so genannten  
 1063 Bildungsdienstleistungen und wird daher von uns abgelehnt. Bildung ist ein öffentliches Gut  
 1064 und muss in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.

1065 Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse im Zuge der Bologna-Reform hat die  
 1066 Studiengänge zusätzlich verschult: Studieren wird von Zeitdruck und Prüfungsstress bestimmt.

- 1067 • Wir fordern die Abschaffung des Bologna-Systems – weg von repressiven Studienordnungen  
 1068 hin zu einem selbstbestimmten, interdisziplinären und kritischen Studieren.
- 1069 • Die EU darf nicht länger für Studiengebühren werben, sondern muss sich für die Umsetzung  
 1070 des UN-Sozialpakts stark machen: Dort steht das Recht auf Bildung im Mittelpunkt, und alle  
 1071 Unterzeichnerstaaten haben sich verpflichtet, Studiengebühren abzuschaffen.
- 1072 • Wir wollen, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen.  
 1073 Damit sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung  
 1074 einen Auslandsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU ausgebaut  
 1075 und gerade für finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden (Erasmus for All/YES  
 1076 Europe 2014-2020, das Comenius-Programm für Schulaustausch sowie für den  
 1077 berufsbildenden Austausch im Rahmen des Leonardo da Vinci-Programms, Kreatives Europa  
 1078 2014-2020, Europa der Bürgerinnen und Bürger 2014-2020).

1079 **Berufsbildung:** Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation müssen Leitziele der  
 1080 allgemeinen und beruflichen Bildung sein.

1081 Mit dem Kopenhagen-Prozess hat die EU eine intensive Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der  
 1082 Berufsbildungspolitik auf den Weg gebracht. Dabei orientiert sie sich am Leitbild eines deregulierten  
 1083 Bildungsmarktes, auf dem sich jede und jeder aus verschiedenen Modulen die eigene Qualifikation  
 1084 zusammenbasteln muss. DIE LINKE setzt sich für ein grundlegendes Umsteuern dieser Politik ein. Wir  
 1085 streiten für ganzheitliche Berufsausbildungen, die jungen Menschen eine breite Basis für ihren  
 1086 Berufsweg geben und sie in die Lage versetzen, ihren Lebensweg eigenständig zu gestalten.

**1087 2.9 Kultur für Alle**

1088 Europa versammelt einen großen Reichtum unterschiedlicher Kulturen und Erfahrungen, die allen zu  
1089 Gute kommen können. Wir wollen einen respektvollen Austausch von unterschiedlichen religiösen und  
1090 weltanschaulichen Perspektiven ermöglichen. Und wir wollen die Bedingungen dafür verbessern, dass  
1091 alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können.

1092 Wir lehnen die Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ab; sie folgt allein Profitinteressen.

1093 Künstlerinnen und Künstler und alle in der Kultur Tätigen müssen Unterstützung erhalten. Wir treten  
1094 für ihre freie Entfaltung und soziale Absicherung ein.

1095 • Die EU-Förderprogramme im Bereich der Kultur und Bildung müssen ausreichend finanziert  
1096 werden. Mindestens ein Prozent des EU-Haushaltes sollte für den Kulturbereich ausgegeben  
1097 werden.

1098 Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen wollen wir  
1099 stärken. Sie müssen eine angemessene Vergütung für ihre Arbeit erhalten. DIE LINKE stellt sich gegen  
1100 Bestrebungen, in diesen Bereichen auf immer mehr Markt und immer weniger Schutz und öffentliche  
1101 Förderung zu setzen.

### 1102 **3. Für ein friedliches Europa – nach Innen und Außen**

#### 1103 **3.1 Europa in einer globalisierten Welt**

1104 Historisch zielte die Einigung in Europa darauf, Kriege zu verhindern und – nach den Weltkriegen im  
1105 20. Jahrhundert – zu einer friedlichen Entwicklung in und außerhalb Europas beizutragen. Doch damit  
1106 die EU einen Beitrag zu einer solchen Entwicklung leisten kann, brauchen wir einen Neustart: für mehr  
1107 soziale Gerechtigkeit, für soziale Beziehungen in Europa und der EU in der Welt, für Abrüstung und  
1108 Frieden.

1109 Politische, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit und die Konkurrenz um knappe Ressourcen  
1110 führen zu Gewalt und Krieg. Große Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut und Hunger,  
1111 Menschen sterben an behandelbaren Krankheiten, an mangelndem Zugang zu sauberem Trinkwasser.  
1112 Die neoliberalen Wirtschafts- und Handelsabkommen haben schnelle und kurzfristige Wachstumsraten  
1113 für die europäischen Länder im Blick. So schützt die EU die eigene Wettbewerbsfähigkeit, indem sie  
1114 beispielsweise die Patente für Medikamente gegen Malaria und HIV/Aids nicht freigibt, obwohl diese  
1115 in vielen armen Ländern dringend gebraucht werden. Die EU tritt zunehmend, zum Beispiel in den  
1116 Verhandlungen um Freihandels- und Wirtschaftsabkommen, fordernd gegenüber anderen Staaten auf  
1117 und droht mit Handelsstrafmaßnahmen, wenn die eigenen Bedingungen nicht akzeptiert werden.

1118 DIE LINKE setzt sich für eine Einhaltung des in der UN-Charta verankerten Gewaltverbots in den  
1119 internationalen Beziehungen ein. »Humanitäre« Interventionen lehnen wir ab. Sie schützen keine  
1120 Menschenrechte, sondern sind Teil massenhafter Menschenrechtsverletzungen durch EU- und NATO-  
1121 Staaten. Wir wollen politische Lösungen, keine neuen Kriege unter Beteiligung der EU.

1122 Krieg darf kein Mittel der Politik sein! Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes  
1123 Leben zu ermöglichen, müssen globale friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Das  
1124 geht nur, wenn konsequent abgerüstet und die Weltwirtschaftsordnung gerecht organisiert wird – in  
1125 internationaler Solidarität.

1126 DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen, wie sie die EU umfassend  
1127 betreibt, ab. Mit »zivil-militärischer Kooperation« und »vernetzter Sicherheit« wird die Militarisierung  
1128 der Außenpolitik nur verschleiert. DIE LINKE kämpft gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen die  
1129 Militarisierung der EU. Sie setzt darauf, Auslandseinsätze zu beenden und Rüstungsproduktion und -  
1130 exporte zu verbieten. Statt auf einen weiteren Ausbau einer Militärmacht EU setzen wir auf eine  
1131 friedliche und zivile EU.

- 1132 • DIE LINKE tritt für eine zivile, friedliche Politik innerhalb Europas ein. Kampfeinsätze im  
1133 Rahmen der EU-Battlegroups und militärische EU-Missionen lehnen wir ab.
- 1134 • Militärberatungsmissionen und die Polizeiausbildung zur Unterstützung autoritärer Regime wie  
1135 in Afghanistan müssen sofort beendet werden.
- 1136 • Wir wenden uns gegen einen Europäischen Auswärtigen Dienst, der eine Beteiligung an  
1137 Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der  
1138 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) forciert und lehnen eine  
1139 Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der GASP und GSVP sowie an EU-  
1140 Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab.
- 1141 • Bestandteil einer Entmilitarisierung der EU ist die Beendigung der Sicherheitskooperation mit  
1142 den USA. Wir setzen uns für einen Austritt Deutschlands und anderer EU-Staaten aus den  
1143 militärischen Strukturen der NATO ein.
- 1144 • DIE LINKE fordert, die US-Militärbasen in der EU zu schließen, da diese für völkerrechtswidrige  
1145 Kriege und CIA-Folterflüge benutzt werden und einen Faktor ständiger Unsicherheit darstellen.

1146 Wir setzen auf eine Beendigung der militärischen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit mit  
1147 den USA, dies beinhaltet die Kündigung der entsprechenden Abkommen.

1148 • Wir wollen eine EU, die frei ist von Massenvernichtungswaffen. DIE LINKE wendet sich deshalb  
1149 auch gegen ein neues atomares Wettrüsten in Europa, als Teil dessen die Aufstellung des  
1150 Raketenschildes durch die USA zu kritisieren ist.

1151 Die Erfahrungen der Weltkriege des 20. Jahrhunderts waren Grundlage für die Gründung einer  
1152 europäischen Staatengemeinschaft. 2014 jährt sich der Beginn des 1. Weltkriegs zum hundertsten  
1153 Mal. Für uns ist dies Verpflichtung, uns für eine EU stark zu machen, die konsequent gegen Rüstung,  
1154 Krieg und Gewalt steht. Wir machen uns stark für den Aufbau eines europäischen Zivilen  
1155 Friedensdienstes. DIE LINKE verfolgt langfristig das Ziel eines Deutschlands und eines Europas ohne  
1156 Armeen, einer Welt ohne Kriege.

### 1157 **3.2 Jede Waffe findet ihren Krieg – Rüstungsexporte EU-weit verbieten**

1158 Die EU exportiert Güter wie Waffen, Chemikalien und Atomenergieanlagen, die in ihren  
1159 Bestimmungsländern zu kriegerischen Auseinandersetzungen und Umweltproblemen beitragen.  
1160 Verstärkt spielt auch die Sicherung von natürlichen Ressourcen eine Rolle. Die EU-Staaten sind  
1161 gemeinsam neben den USA der größte Rüstungsexporteur der Welt.

1162 Wir wollen Europa abrüsten. Das betrifft die Produktion und den Export von Waffen und die  
1163 Militarisierung der Außengrenzen.

- 1164 • Statt auf einen Ausbau der Rüstungsindustrie setzen wir auf Konversion.
- 1165 • Die EU-Verteidigungsagentur fördert Rüstungsproduktion und -export. Die EU-  
1166 Rüstungsagentur soll abschafft und Rüstungsexporte EU-weit verboten werden.

### 1167 **3.3 Europa darf keine Festung sein!**

1168 Die EU-Freihandelspolitik sowie die Subventionen für Agrarprodukte zerstören die Lebensgrundlagen  
1169 der Menschen in anderen Regionen der Welt. Das löst Migrationsbewegungen aus: Arbeitsmigration  
1170 oder Flucht vor politischer Instabilität und Gewalt. Mit einer überbordenden Überwachung der  
1171 Außengrenzen will sich die EU gegen diese Folge ihrer Politik abschotten. Die Dublin-Verordnung der  
1172 EU sieht vor, dass im Regelfall dasjenige EU-Land für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig  
1173 ist, über das Asylsuchende in die EU eingereist sind. Die EU-Länder mit Außengrenzen versuchen, die  
1174 Grenzen möglichst hermetisch abzuschotten oder die Abwehr von Flüchtlingen auf Drittstaaten vor zu  
1175 verlagern.

1176 Angesichts der dramatischen Lage – mit über 20 000 Toten an den EU-Außengrenzen seit Anfang der  
1177 1990er Jahre – fordern wir: offene Grenzen für Menschen in Not!

1178 DIE LINKE fordert einen grundlegenden Wandel in der EU-Flüchtlingspolitik.

- 1179 • Wir unterstützen das »Memorandum für ein gerechtes und solidarisches System der  
1180 Verantwortlichkeit« und setzen uns für das Prinzip der freien Wahl des Zufluchtslandes ein, auf  
1181 das sich viele Verbände verständigt haben (z.B. AWO, Diakonie, PRO ASYL, Paritätischer  
1182 Wohlfahrtsverband, Deutscher Anwaltsverein).
- 1183 • Statt Abschottung und Kriminalisierung brauchen wir eine gesamteuropäische Flüchtlings- und  
1184 Migrationspolitik, die Menschen in Not hilft, die der Verantwortung der Europäischen Union  
1185 für Migrationsbewegungen gerecht wird und die den Prinzipien der Menschenrechte und des  
1186 Humanismus verpflichtet ist.
- 1187 • FRONTEX, die Agentur zur »Sicherung« der Außengrenzen, muss aufgelöst werden. Das

1188 Seeüberwachungssystem EUROSUR, das nicht Menschen in Not rettet, sondern die  
1189 Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen weiter verschärft, lehnen wir ab.

1190 Wir fordern, dass die Grundrechte der Flüchtlinge eingehalten werden: Alle Migrantinnen und  
1191 Migranten müssen im Rahmen einer Europäischen Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial  
1192 gleichgestellt werden. Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel müssen die Möglichkeit zur  
1193 Legalisierung und faire Arbeitsbedingungen haben.

- 1194 • Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssen  
1195 eingehalten werden, besonders: Der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-  
1196 Außengrenzen und auf hoher See ist zu befolgen!
- 1197 • Der Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende müssen sichergestellt  
1198 werden.
- 1199 • Wir fordern die strikte Achtung der UN-Kinderkonvention. Deutschland muss den Vorbehalt  
1200 bezüglich unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zurücknehmen.
- 1201 • Asylsuchende dürfen nicht inhaftiert werden.

### 1202 **3.4 Freien Zugang für Alle – EU-Visa-Liberalisierung**

1203 Die EU schottet sich auch durch ihre Visa-Politik ab. Trotz Abkommen zur Visaliberalisierung ist es für  
1204 fast alle Menschen der Welt schwer, Freunde und Verwandte in Europa zu besuchen oder in  
1205 zivilgesellschaftlichen Austausch zu treten.

1206 Die Visa-Politik wird gegenüber EU-Beitrittskandidaten als Druckmittel eingesetzt. Zum Beispiel Sinti  
1207 und Roma aus dem Balkan, genießen real oft keine Reisefreizügigkeit innerhalb der EU, auch wenn  
1208 eine Visafreiheit mit ihren Herkunftsländern verabredet wurde.

1209 DIE LINKE setzt sich für eine Visa-Liberalisierung ein. Unser Ziel ist ein Europa – und eine Welt – ohne  
1210 Visa-Pflicht.

### 1211 **3.5. Europa ist größer als die EU: Wir wollen es demokratisch und solidarisch gestalten**

1212 Seit ihrem Bestehen hat sich die Europäische Union kontinuierlich erweitert. Dieser Prozess hat den  
1213 Export neoliberaler Wirtschaftspolitik nachhaltig gefördert und zu großen Ungleichheiten innerhalb der  
1214 EU-Mitgliedstaaten geführt.

1215 Die künftigen Erweiterungen und Nachbarschaftspolitiken müssen so gestaltet werden, dass soziale  
1216 Standards gesichert werden und die neuen Staaten der EU nicht unter Ausbeutung durch europäische  
1217 Großkonzerne leiden. Wir setzen uns dafür ein, dass in Beitrittsprozessen keine zusätzlichen  
1218 Bedingungen an einzelne Länder gestellt werden.

### 1219 **3.6 Für faire und solidarische Beziehungen – EU-Nachbarschaft**

1220 Mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) versucht die EU, nahe gelegene oder angrenzende  
1221 Staaten wirtschafts- und sicherheitspolitisch an sich zu binden. Die ENP bezieht sich auf Länder  
1222 Nordafrikas, des Nahen Ostens sowie auf den Kaukasus. Sie wird durch regionale Formen der  
1223 Zusammenarbeit, wie die östliche Partnerschaft, die Union für den Mittelmeerraum und die  
1224 Schwarzmeersynergie, flankiert. Auch mit Russland besteht eine strategische Partnerschaft.

- 1225       • Wir lehnen die Europäische Nachbarschaftspolitik in ihrer bisherigen Gestalt ab. Im  
1226       Vordergrund europäischer Nachbarschaftspolitik sollen die Bekämpfung der Armut und der  
1227       Wohlstand möglichst breiter Teile der Bevölkerung stehen.

### 1228   **3.7 Entwicklungs- statt Freihandelspolitik – Keine Armut durch EU-Interessen**

1229   Die EU-Entwicklungspolitik wird zunehmend mit ihren Handels- und militärischen Interessen  
1230   verknüpft. Die EU-Freihandelsabkommen gefährden die friedliche und eigenständige Entwicklung von  
1231   Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika.

1232       • DIE LINKE setzt sich für eine grundlegend veränderte Handelspolitik in der EU ein, die die  
1233       selbstständige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Partnerländer im globalen Süden  
1234       ermöglicht und fördert. Dazu gehört die Beteiligung von Parlamenten und Zivilgesellschaft an  
1235       der Ausgestaltung der Handelspolitik.

1236       • DIE LINKE fordert: Schluss mit den Agrarexport-Subventionen der EU! Stattdessen müssen die  
1237       Produzentinnen und Produzenten im Süden vor dem Nahrungsmittel-Dumping aufgrund der  
1238       EU-Importe geschützt werden. Die LINKE fordert die Konzentration der  
1239       Entwicklungshilfegelder auf Maßnahmen zur direkten Armutsbekämpfung. Finanzmittel, die für  
1240       Entwicklungshilfe vorgesehen sind, dürfen nicht für Militarisierung verwendet werden.

1241   Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Land die freie Entscheidung darüber hat, ob beziehungsweise  
1242   wann es ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU unterzeichnet und ratifiziert. Die  
1243   wirtschafts- und sozialpolitische Steuerungsfähigkeit der Partnerländer darf nicht durch Handels- und  
1244   Investitionsabkommen mit der EU untergraben werden. Sie sollte durch die EU-  
1245   Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Auch die Mitwirkungsrechte der Paritätischen  
1246   Parlamentarischen Versammlung der AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) und  
1247   des Europäischen Parlaments an der Programmierung und Umsetzung des EEF müssen gestärkt  
1248   werden.

## 1249 **4. Europa verändern**

1250 DIE LINKE hat die falschen Grundlagen der Europäischen Union von Anfang an kritisiert: Statt Frieden  
1251 und soziale Gerechtigkeit für die Menschen in Europa stand und steht die Freiheit der Märkte an  
1252 erster Stelle. Deshalb haben wir den Lissabon-Vertrag abgelehnt, deshalb haben wir gegen die  
1253 Bolkestein-Richtlinie gekämpft, die die Rechte der Beschäftigten geschwächt und den Ausverkauf der  
1254 öffentlichen Daseinsvorsorge vorangetrieben hat. Heute, mit Wirtschaftskrise und Bankenrettung sind  
1255 die Ergebnisse dieser falschen Ausrichtung der EU offensichtlich.

1256 Wir lassen uns nicht darauf ein, uns zwischen einer neoliberalen EU und einem neoliberalen  
1257 Nationalstaat zu entscheiden. Kapital und Konzerne sind längst europäisch und international  
1258 verflochten und vernetzt und setzen diese ökonomische Macht auch politisch ein, um ihre Interessen  
1259 durchzusetzen. Beschäftigte internationaler Konzerne erfahren täglich, wie ihre Standorte  
1260 gegeneinander ausgespielt werden, und wie ohnmächtig sie sind, wenn sie nicht in der Lage sind,  
1261 grenzüberschreitende Solidarität herzustellen. Wir streiten auf nationaler wie auf europäischer Ebene  
1262 für soziale Forderungen und demokratische Rechte. Wir führen die Kämpfe dort, wo sie stattfinden –  
1263 dort, wo Demokratie und Sozialstaat in Frage gestellt werden: Um die Verteilung des  
1264 gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, um die Rechte der Beschäftigten, der  
1265 Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner – für ein gutes Leben für alle in Europa. Um ein  
1266 Wirtschaftsmodell, in dem es nicht um das „Vertrauen“ der Finanzmärkte, sondern der Bürgerinnen  
1267 und Bürger geht. Um ein Europa, in dem die Menschen und die Bevölkerungen nicht gegeneinander  
1268 gestellt und die natürlichen Grundlagen nicht zerstört werden – für ein Europa der solidarischen  
1269 Nachbarn. Zusammen mit Allen, die in die gleiche Richtung wollen: einen Neustart der Europäischen  
1270 Union – demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich.

1271 Ein soziales Europa kann nur von unten entstehen. Wir knüpfen an die tatsächlichen gesellschaftlichen  
1272 Auseinandersetzungen und sozialen Kämpfe an, stehen an der Seite vieler Menschen in Europa, die  
1273 sich gegen die Diktate der Troika, gegen Lohn- und Rentenkürzungen, Massenarbeitslosigkeit und  
1274 Bankenrettungen zur Wehr setzen. Europaweite Proteste und koordinierte Generalstreiks – DIE LINKE  
1275 ist Teil dieser europäischen und internationalen Solidarität. Zusammen mit Gewerkschaften und den  
1276 europäischen Bewegungen streiten wir gegen die Kürzungspolitik und ein Europa des Wettbewerbs  
1277 und der Konkurrenz. Zusammen mit europäischen linken Parteien in der Fraktion der Vereinte  
1278 Europäische Linke /Nordische Grüne Linke. Mit einer starken LINKEN für ein solidarisches Europa!

*Im Anschluss an das Europawahlprogramm wird ein Glossar eingefügt, das Fachbegriffe und Hintergründe erläutert. Das Glossar ist nicht Bestandteil der Beschlussfassung.*